

439

Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14751/71 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1318
Cito

Aufgabe: 10. Dezember 1971, 21.30 Uhr¹**Ankunft: 10. Dezember 1971, 22.55 Uhr**

Betr.: Ministerkonferenz der NATO in Brüssel am 9. und 10. Dezember 1971

I. 1) Die Ministerkonferenz der NATO in Brüssel am 9. und 10. Dezember 1971, der am 7. Dezember eine Sitzung der Verteidigungsminister der Eurogroup² und am 8. Dezember 1971 eine Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC)³ vorangegangen war, konzentrierte sich auf folgende Gegenstände:

Stärkung der gemeinsamen Verteidigung,

Deutschland und Berlin,

KSE, insbesondere Zeitpunkt des Eintritts in die multilaterale Vorbereitung, MBFR.

2) Der Ministerrat nahm die Einladung des Bundesministers des Auswärtigen zur Frühjahrstagung in Bonn am 30. und 31. Mai 1972 an.

3) Die Diskussion berührte eine Reihe von weiteren Themen, u. a. den indisch-pakistanischen Konflikt, die Lage im Mittelmeer, die Auswirkungen der monetären Schwierigkeiten auf die Allianz.

4) Der hohe Grad von Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen erlaubte schon nach knapp dreistündiger Beratung die Verabschiedung des Kommuniqués, das, ohne den DPC-Teil⁴, von der belgischen Regierung im Auftrag des Rats allen interessierten Regierungen zugestellt werden wird. (DDR wird, wie üblich, von uns unterrichtet). Lediglich über die Frage des Eintritts in die multilaterale Vorbereitung einer KSE entspann sich eine längere Debatte, die in den Kompromißformeln der Ziff. 9, 10 und 11⁵ ihren Niederschlag gefunden hat.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Rückriegel am 13. Dezember 1971 vorgelegen.

Hat Botschafter Roth am 21. Dezember 1971 vorgelegen.

2 Vgl. dazu Dok. 431.

3 Vgl. dazu Dok. 434.

4 Vgl. dazu Ziffer 25 bis 33 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS, S. 270-272. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 101 f.

5 Ziffer 9 bis 11 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel: „9) Ministers recalled that at their meeting in Lisbon they declared their readiness to undertake multilateral conversations intended to lead to a Conference on Security and Co-operation in Europe as soon as the negotiations on Berlin had reached a successful conclusion. In the light of the encouraging developments referred to above they affirmed their readiness to initiate such conversations on this basis as soon as possible. 10) In this perspective, they propose to intensify their preparations and their bilateral contacts with other interested parties. 11) Ministers also took note of the invitation of the Finnish Government to the effect that heads of mission of the countries concerned accredited in Helsinki should undertake multilateral conversations. They stated that their Governments appreciated this initiative and that they will keep in touch with the Finnish Govern-

II. Zu den Hauptpunkten im einzelnen:

1) Stärkung der gemeinsamen Verteidigung:

- Eurogroup, wesentliche Ergebnisse:

Aufbringung des Fehlbetrages von 29 Mio. Dollar zum europäischen Verstärkungsprogramm (EDIP);

Veröffentlichung einer Erklärung, in der die Mitglieder der Eurogroup die Maßnahmen bekanntgeben, die sie 1971 zur Verbesserung und Stärkung ihrer Verteidigungskraft vorgenommen haben und die sie für 1972 planen („Euro Package“).

Von beiden Ergebnissen erhoffen wir uns günstige Auswirkungen auf die amerikanische Präsenz in Europa. Die am 10. Dezember 1971 im NATO-Gebäude erfolgte Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichs-Abkommens⁶ dürfte diese Wirkung noch verstärken.

- DPC:

Die Verteidigungsminister kamen zu folgenden Ergebnissen:

Ausreichende und glaubwürdige Verteidigung ist eine notwendige Voraussetzung für realistische Verhandlungen über Sicherheit und Kooperation in Europa. Die Verteidigungsminister wollen sich in Zukunft regelmäßig mit dem Thema MBFR beschäftigen und einen wirkungsvollen Konsultationsmechanismus für dieses Thema entwickeln. Aus dem Anwachsen der sowjetischen militärischen Stärke auf nuklear-strategischem und konventionellem Gebiet (insbesondere auch Flotte) folgerten sie die Notwendigkeit für kontinuierliche und systematische Verbesserung der konventionellen Kräfte der NATO und für die Aufrechterhaltung ausreichender moderner taktischer und strategischer Nuklearstreitkräfte zur Wahrung der Abschreckung auf allen Ebenen. Sie billigten die Folgemaßnahmen, die sich aus der bei der Ministerkonferenz vom Dezember 1970 verabschiedeten Studie über die Verteidigungsprobleme der Allianz in den 70er Jahren (AD 70)⁷ ergeben.

Rogers und Laird bekräftigten das unverminderte amerikanische Engagement in Europa und den festen Willen der Nixon-Regierung, die amerikanische Präsenz nicht zu vermindern, es sei denn im Rahmen von MBFR.

2) Deutschland und Berlin

Der amerikanische Außenminister Rogers unterrichtete den Rat über das Ergebnis des Vierer-Essens vom 8. Dezember 1971⁸:

- Aufrechterhaltung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes und Berlin,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1942

ment in order to consult on this matter.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS, S. 267f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 99.

⁶ Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA über einen Devisenausgleich vgl. dazu Dok. 438.

⁷ Zu der auf der NATO-Ministerratstagung am 3./4. Dezember 1970 in Brüssel verabschiedeten „Studie über die NATO-Verteidigungspolitik in den Siebziger Jahren“ (AD 70-Studie) vgl. Dok. 193, Anm. 3.

⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Scheel mit den Außenministern Douglas-Home (Großbritannien), Rogers (USA) und Schumann (Frankreich) am 8. Dezember 1971 in Brüssel vgl. Dok. 436.

- westliche Unterstützung für das Konzept der Bundesregierung, besonderen Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland mit dem Ziel der Offenhaltung der Deutschen Frage zu wahren,
- allgemeines Interesse des Westens, dem Druck der DDR auf Anerkennung zu widerstehen, um die Herstellung eines Modus vivendi nicht zu gefährden,
- erst nach Modus vivendi Aufnahme in die UNO bei gleichzeitiger Anerkennung der Vier-Mächte-Verantwortung,
- erst nach Aufnahme in die UNO Herstellung offizieller Beziehungen zwischen Mitgliedern der Allianz und der DDR.

Der Bundesminister des Auswärtigen verwies in diesem Zusammenhang auf:

- wachsende Gefahr einer Präjudizierung der innerdeutschen Verhandlungen durch Anerkennungsakte im internationalen Bereich; Beeinträchtigung der Verhandlungsposition der Bundesrepublik Deutschland und der Drei Mächte im Ringen um einen dem Grundgesetz und dem Deutschland-Vertrag angemessenen Modus vivendi durch solche Akte
- Notwendigkeit einer Formel, die Eintritt der beiden Staaten in die UNO ermöglicht und Vier-Mächte-Verantwortung aufrechterhält.

3) KSE, insbesondere Zeitpunkt des Eintritts in die multilaterale Vorbereitung

Das Hauptproblem der Konferenz bestand in der Frage, welche Schritte in Richtung auf eine multilaterale Vorbereitung der KSE der gegenwärtige Stand der Berlin-Verhandlungen rechtfertigt. Das Lissabonner Communiqué hatte in Ziff. 9 den Übergang zur multilateralen Vorbereitung vom „erfolgreichen Abschluß“ der Berlin-Verhandlungen abhängig gemacht.⁹ Die Mehrzahl der Minister (insbesondere USA, Großbritannien¹⁰, die Niederlande¹¹, Kanada¹² und wir selbst) vertraten die Auffassung, daß erst die Unterzeichnung des Schlußprotokolls¹³ durch die Vier Mächte einen solchen erfolgreichen Abschluß darstellt. Eine Reihe von Ministern (insbesondere Frankreich¹⁴, Dänemark¹⁵ und Norwegen¹⁶) wollten den erfolgreichen Abschluß bereits in der materiellen Ausfüllung des Vier-Mächte-Rahmenabkommens durch die innerdeutschen Vereinbarungen geben sehen, den Zeitpunkt für den Eintritt in die multilaterale Vorbereitung der KSE also vor die Unterzeichnung des Schlußprotokolls verlegt wissen.

Die Diskussion wurde dadurch kompliziert, daß entgegen den Erwartungen die innerdeutschen Vereinbarungen bis zum Schluß der Ministerkonferenz nicht paraphiert werden konnten.¹⁷

⁹ Für Ziffer 9 des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 in Lissabon vgl. Dok. 207, Anm. 12.

¹⁰ Alexander F. Douglas-Home.

¹¹ Norbert Schmelzer.

¹² Mitchell W. Sharp.

¹³ Zu dem am 3. September 1971 paraphierten Schlußprotokoll, mit dessen Unterzeichnung das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin in Kraft treten sollte, vgl. Dok. 281, Anm. 2.

¹⁴ Maurice Schumann.

¹⁵ Knud B. Andersen.

¹⁶ Andreas Cappelen.

¹⁷ Die Paraphierung des Regierungsabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der DDR über den Transitverkehr fand am 11. Dezember 1971 statt. Vgl. dazu Dok. 428, Anm. 3.

Während alle Minister den Fortschritt in der Berlin-Frage seit Lissabon begrüßten, wiesen mehrere Minister (insbesondere USA, Niederlande) darauf hin, daß die Sowjetunion durch Herstellung eines Gegenjunktims¹⁸ (Koppelung der Unterzeichnung des Schlußprotokolls mit der Ratifizierung des Moskauer Vertrages) selbst eine Verzögerung der multilateralen Vorbereitung der KSE verursacht.

Nach längerer Diskussion über die einschlägigen Ziffern 9, 10 und 11 des Kommuniqués einigten sich die Minister auf folgenden Nenner:

- Bereitschaft, in multilaterale Gespräche einzutreten, sobald die Berlin-Verhandlungen einen erfolgreichen Abschluß gefunden haben (wie Lissabonner Kommuniqué; keine Definition); Beginn – auf dieser Grundlage – sobald wie möglich
- Verstärkung der allianz-internen Vorbereitung und der bilateralen Kontakte mit anderen interessierten Partnern
- positive Bezugnahme auf die Einladung der finnischen Regierung (Teesalon der Missionschefs in Helsinki¹⁹); Bereitschaft, mit der finnischen Regierung die Angelegenheit weiter zu erörtern.

Die Minister nahmen das ihnen vorliegende Dokument über eine KSE zur Kenntnis, das gut bewertet wurde. Die zwischen den Bündnispartnern noch offenen Fragen sollen möglichst bald geklärt werden, damit die Allianz auf multilaterale Gespräche hinreichend vorbereitet ist. Man war sich darüber einig, daß die Idee einer KSE eine gewisse Anziehungskraft auf die öffentliche Meinung der Mitgliedsländer besitzt.

Mehrere Minister forderten das Bündnis auf, die Konferenz zur Durchsetzung der eigenen Ziele zu benutzen und nicht mit einer defensiven Einstellung an sie heranzutreten.

Ziffer 13 des Kommuniqués²⁰ ist insofern bemerkenswert, als Frankreich (wie schon im Bericht des Politischen Komitees der Sechs²¹) trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber MBFR zugestimmt hat, daß auf einer KSE auch „bestimmte militärische Aspekte der Sicherheit“ behandelt werden sollen.

18 Zum sowjetischen Gegenjunktum zwischen der Ratifizierung des Moskauer Vertrags und der Unterzeichnung des Schlußprotokolls zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vgl. Dok. 311 und Dok. 323.

19 Zum finnischen Aide-mémoire vom 24. November 1970 vgl. Dok. 11, Anm. 14.

20 Ziffer 13 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel: „Ministers took note of the report of the Council in Permanent Session concerning a Conference on Security and Co-operation in Europe. This report examined four areas of discussion at such a conference: A) Questions of Security, including Principles Governing Relations between States and certain military aspects of security; B) Free Movement of people, Information and Ideas, and Cultural Relations; C) Co-operation in the Fields of Economics, Applied Science and Technology, and Pure Science; and D) Co-operation to Improve the Human Environment. Ministers requested the Council in Permanent Session to continue these studies with a view to facilitating a constructive discussion of these subjects at the negotiations.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS, S. 268. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 100.

21 Vgl. dazu den Bericht vom 26./27. April 1971 über Fragen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; Dok. 174, Anm. 15.

4) MBFR

Die Minister, die am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO teilnehmen, bedauerten, daß die sowjetische Regierung bisher auf das Angebot von Sondierungsgesprächen mit dem Beauftragten der 14 verbündeten Regierungen²² nicht eingegangen ist. Unter Hinweis auf kürzliche sowjetische Äußerungen gaben sie ihrer Hoffnung auf einen baldigen Besuch Brosios in Moskau Ausdruck. Sie erneuerten das Explorationsmandat für Brosio.

Die 14 Minister betonten darüber hinaus die Bedeutung, die sie Maßnahmen zumessen, die die Gefahr der militärischen Konfrontation in Europa verringern und damit die Sicherheit in Europa stärken würden. Sie stellten fest, daß diese Aspekte auf einer KSE in geeigneter Weise behandelt werden sollten. Diese Formulierung wird unserer Vorstellung gerecht, daß es möglich sein muß, bestimmte Elemente – wie Bewegungsbeschränkungen und eine Grundsatzvereinbarung – des MBFR-Komplexes, die das Streitkräfteniveau selbst nicht verändern, aber für die Sicherheitsproblematik relevant sind, in den Rahmen einer KSE einzufügen.

Der Bundesminister hat in seiner Erklärung darauf hingewiesen, daß die NATO damit beginnen solle, Verhandlungspakete zu entwickeln. Er hat als mögliche Elemente Bewegungsbeschränkungen, Grundsatzvereinbarungen und Reduktionen genannt.

Eines der für MBFR wichtigsten Ergebnisse dieser Konferenz ist die klare Feststellung der Vereinigten Staaten, daß MBFR für die amerikanische Regierung eine Sache der Allianz ist. Die amerikanischen Vorstellungen über den politischen Rahmen und den langfristigen Ablauf von MBFR-Verhandlungen haben sich damit unseren Überlegungen weitgehend angenähert.

III. Zu den weiteren Themen:

1) Handels- und währungspolitische Schwierigkeiten

Die Allianz mißt einer baldigen Beseitigung der handels- und währungspolitischen Schwierigkeiten große Bedeutung bei. Sie sieht deren negative Auswirkungen auch auf das Bündnis. Obwohl der NATO-Rat nicht der Ort für die Behandlung dieser Probleme sei, wollen die Minister die Lösungsbemühungen in anderen Gremien energisch unterstützen.

2) Mittelmeer

Die Mittelmeeranrainer trugen ihre bekannten Sorgen vor. Neue Elemente traten nicht zutage.

3) Indisch-pakistanischer Konflikt

Die Konferenz konnte an der bedrohlichen Situation nicht vorbeigehen (Ziff. 3 des Kommuniqués²³); einige Minister befürchteten Gefahren auch für die eige-

22 Zur Beauftragung des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Brosio, Sondierungsgespräche in Moskau über MBFR zu führen, vgl. Dok. 348.

23 Ziffer 3 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9/10. Dezember 1971 in Brüssel: „Ministers examined the international situation and expressed their deep concern over the tragic events in Southern Asia. It is their fervent hope that hostilities between India and Pakistan will give way to an early and peaceful solution of all aspects of the conflict.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS, S. 266. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 98.

ne Sicherheit. Der amerikanische und der türkische Außenminister²⁴ tadelten Indien wegen seiner intransigenten Haltung. Rogers betonte, Indiens Nichtachtung der Vereinten Nationen könnte Rückwirkungen auf den Krisenherd Nahost haben.

4) Kritik am griechischen Regime²⁵

Die Kritik des dänischen Außenministers, der sich der norwegische Außenminister anschloß, wurde von Staatssekretär Palamas energisch zurückgewiesen. Generalsekretär Luns bedauerte die dänische Intervention.

[gez.] Krapf

VS-Bd. 1641 (I A 7)

24 Osman Olcay.

25 Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), berichtete am 3. Dezember 1971: „Wegen der von dänischem Außenminister beabsichtigten Erklärung zu Griechenland habe ich bei mehreren Gelegenheiten – zuletzt gemeinsam mit britischem und amerikanischem Kollegen – mit Generalsekretär Luns gesprochen. Luns selbst hatte die Angelegenheit vor einigen Tagen hier in Brüssel mit Ministerpräsident Krag erörtert, der trotz eindringlicher Vorstellungen von Luns darauf bestand, daß Außenminister Anderson die Griechenlandfrage bei der Ministerkonferenz anschneidet. Luns ist der Ansicht, daß es bei dieser Sachlage jetzt darauf ankommt, auf die Form der dänischen Erklärung einzuwirken. Er will deswegen mit dem dänischen Außenminister zu Beginn der NATO-Konferenz sprechen und schlägt vor, daß auch Bundesaußenminister und andere Außenminister dies tun. Er selbst hat dem dänischen Ministerpräsidenten angekündigt, daß er auf die dänische Kritik an Griechenland mit einer eigenen Erklärung antworten werde, in der er das dänische Vorgehen kritisiert. Die Schärfe seiner Kritik werde sich nach dem Grad der Schärfe der dänischen Erklärung richten. Er glaubt, Herrn Krag hiermit so weit beeindruckt zu haben, daß die dänische Erklärung im Ton milder ausfallen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1285; VS-Bd. 1639 (201); B 150, Aktenkopien 1971.

440

Botschafter Diehl, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14757/71 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1293
Citissime nachts

Aufgabe: 11. Dezember 1971, 19.00 Uhr¹

Ankunft: 11. Dezember 1971, 14.52 Uhr

Betr.: Anerkennung von Bangladesh durch die DDR
 Bezug: Plurex Nr. 5953 vom 7.12.1971 – I B 5-81.16-92.32²

I. Der Leiter der hiesigen Bangladesh-Mission, H. R. Choudhury, bis vor zwei Monaten Botschaftsrat der pakistanischen Hochkommission und aus dieser Zeit Gesandtem Behrends bekannt, suchte diesen heute auf und teilte folgendes mit: Ein Vertreter des DDR-Generalkonsulats habe ihn heute morgen in der Bangladesh-Mission aufgesucht. Er habe aus der Unterhaltung den Eindruck gewonnen, daß mit einer Anerkennung von Bangladesh durch die DDR in den nächsten Tagen zu rechnen sei.

In einem solchen Falle müsse die Bangladesh-Regierung auf diese Anerkennung reagieren. Herr Behrends wies auf die schwerwiegenden Auswirkungen einer Aufnahme amtlicher Beziehungen der Bangladesh-Regierung zur DDR auf die Einstellung der Bundesregierung zu dem entstehenden Staatswesen Bangladesh hin. Herr Choudhury erwiderte, eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR sei einstweilen nicht geplant. Das Problem stelle sich jedoch, ob eine förmliche Antwort der Bangladesh-Regierung auf die zu erwartende Note der DDR eine Anerkennung der DDR bedeuten und von der Bundesregierung als solche betrachtet würde. Er bat um eine Stellungnahme der Bundesregierung zu dieser Frage möglichst innerhalb von 24 Stunden.

Herr Choudhury verwies ferner auf ein – hier nicht bekanntes – Telegramm der Bangladesh-Regierung an die Bundesregierung und bat um eine möglichst schnelle Anerkennung von Bangladesh.

Behrends erläuterte die Haltung der Bundesregierung anhand des Bezugserlasses. Herr Choudhury insistierte nicht weiter und schien Verständnis für das Argument zu haben, daß eine Anerkennung nicht möglich sei, solange der Krieg andauere. Die Bemerkung von Gesandtem Behrends, daß die DDR Bangladesh

¹ Hat Ministerialdirektor von Staden am 13. Dezember 1971 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Dg I B wie besprochen.“

Hat Ministerialdirigent Müller vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Diesel verfügte.

Hat dem Vertreter von Diesel, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blumenfeld, am 14. Dezember 1971 vorgelegen.

² Ministerialdirektor von Staden teilte der Botschaft in Neu Delhi mit: „Die Auswirkungen, die eine Anerkennung von Bangladesh durch die DDR in bezug auf die indische Haltung in der DDR-Frage haben könnte, werden auch hier gesehen. Wir können jedoch, solange der Krieg andauert und in Ost-pakistan nicht eindeutige politische Verhältnisse herrschen, die eine neue Staatengründung evident machen, nicht an die Anerkennung eines Staatsgebildes Bangladesh denken. Hiervon abgesehen, würde die Bundesregierung nicht ohne Abstimmung mit ihren Verbündeten eine so schwerwiegende Entscheidung treffen.“ Vgl. Referat I B 5, Bd. 631.

aus sehr eigensüchtigen Motiven anerkennen wolle und dies vermutlich bereits getan hätte, wenn es die SU gestattet hätte, quittierte er mit Lächeln. Er äußerte die Ansicht, daß wahrscheinlich einige osteuropäische Staaten – er nannte neben der DDR Ungarn – Bangladesh eher anerkennen werden als die SU.³

Gesandter Behrends wies darauf hin, daß Vergeltungsaktionen der Mukti Bahini und der ostbengalischen Bevölkerung gegen Bidharis und Gegner der Unabhängigkeit das entstehende Staatswesen mit einem schweren Makel behaften und die Aufnahme von Bangladesh in die Staatengemeinschaft sehr erschweren würde. Herr Choudhury erwiderte mit großem Ernst, daß sich die Bangladesh-Regierung darüber völlig im klaren sei. Nachdem einige Fälle von Selbstjustiz vorgekommen seien, habe sie sehr energische Maßnahmen getroffen, um Ausschreitungen zu verhindern. Die Welt werde erstaunt sein über das Maß an Kontrolle, das die Bangladesh-Regierung bereits jetzt über die Bevölkerung von Ostbengalen habe.

II. Die Demarche von Herrn Choudhury zeigt, daß jedenfalls außenpolitisch erfahrene Kreise der Regierung von Bangladesh problembewußt sind und das erhoffte künftige Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht durch voreilige Schritte gegenüber der DDR belasten möchten. Man wird von der Bangladesh-Regierung nicht erwarten können, daß sie eine Anerkennung durch die DDR ignoriert. Es kommt Herrn Choudhury darauf an, eine Form der Empfangsbestätigung und des Dankes zu finden, die keine Anerkennung der DDR bedeutet und das künftige Verhältnis von Bangladesh zur Bundesrepublik nicht belastet.

Um Drahtweisung Citissime nachts zur Anfrage von Herrn Choudhury wird gebeten.⁴

[gez.] Diehl

VS-Bd. 4534 (II A 1)

³ Bangladesh wurde am 11. Januar 1972 von Bulgarien, am 12. Januar 1972 von Polen, am 24. Januar 1972 von der UdSSR und der ČSSR sowie am 26. Januar 1972 von Ungarn anerkannt.

⁴ Ministerialdirektor von Staden wies die Botschaft in Neu Delhi am 14. Dezember 1971 an, gegenüber dem Leiter der Vertretung von Bangladesh, Choudhury, zu erklären, die Bundesregierung verstehe zwar das Streben von Bangladesh nach internationaler Anerkennung, jedoch würde nach ihrer Auffassung „das Entstehen eines Staatswesens Bangladesh und sein Eintritt in die Staatenfamilie durch eine Anerkennung der DDR nicht gefordert“. Eine Anerkennung von Bangladesh durch die DDR würde daher „wegen deren mangelnder eigener Anerkennung im internationalen Bereich kein nennenswertes politisches Gewicht haben“ und könne zu einer Belastung werden, „da Bangladesh auf diese Weise in die Auseinandersetzungen um die Anerkennung der DDR hineingezogen würde.“ Ob Bangladesh auf eine Anerkennung der DDR reagieren könne, ohne diese selbst anzuerkennen, „ist ohne Kenntnis der näheren Umstände nicht zu beantworten. Ein völliges Ignorieren eines Ostberliner Schrittes durch Bangladesh dürfte kaum durchsetzbar sein. Es kommt darauf an, von wem, in welcher Form und auf welchem Wege die Anerkennung der DDR ausgesprochen wird und wie stark Bangladesh darauf antworten will. Insgesamt würden wir empfehlen, daß sich die Antwort von Bangladesh möglichst nah an einer bloßen Empfangsbestätigung ohne Wiederholung des Inhalts und ohne Aussagen über die DDR oder ihre Politik halten sollte.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6122; VS-Bd. 4534 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

Zur Anerkennung von Bangladesh durch die DDR am 11. Januar 1972 vgl. den Drahtbericht des Generalkonsuls Enders, Dacca, vom 19. Januar 1972; AAPD 1972.

441

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Well

II A 1-84.10/0-3607/71 VS-vertraulich

14. Dezember 1971

Betr.: Ausländische Militärmision in Berlin;
 hier: Abbau der Vergünstigungen aus dem Berliner Besatzungshaushalt¹

Bezug: Zuschrift II A 1 - 81.34-3607/71 VS-v vom 2. Dezember 1971²

Die Botschafter Schuurmans (Belgien), Knuth-Winterfeld (Dänemark), de Beus (Niederlande) sowie die Botschaftsräte Peters (Australien), Kapstö (Norwegen) und Spyridakis (Griechenland) besprachen heute mit mir die Frage des Übergangs von der Finanzierung der Militärmisionen über den Berliner Besatzungshaushalt zur Selbstfinanzierung.

Als Ergebnis der Besprechung habe ich gegenüber den Besuchern folgendes festgehalten:

¹ Die in Berlin (West) befindlichen Militärmisionen ausländischer Staaten erhielten von der Bundesrepublik bzw. dem Land Berlin indirekt über den Haushalt der Militärregierungen der Drei Mächte finanzielle Zuwendungen. Zu den Bemühungen der Bundesregierung, einen Abbau dieser Vergünstigungen herbeizuführen, vgl. AAPD 1969, I, Dok. 110.

Legationssekretär Erck vermerkte am 24. November 1971: „Nachdem die Bundesregierung seit 1956 mehrfach darauf hingewiesen hatte, daß die Zahlungen aus dem Berliner Besatzungshaushalt für den Unterhalt der in Berlin (West) befindlichen Militärmisionen Belgiens, Australiens, Dänemarks, Griechenlands, Norwegens und der Niederlande unter den veränderten politischen Verhältnissen nicht mehr gerechtfertigt seien, teilten die drei westlichen Alliierten nach Konsultationen mit der Bundesregierung und den beteiligten Ländern diesen durch eine Note am 29. September 1970 mit, daß die Zahlungen mit dem Ende des Jahres 1971 eingestellt würden.“ Während eines Treffens in der britischen Botschaft am 12. Februar 1971 seien von den betroffenen Staaten politische Bedenken erhoben worden „mit der Begründung, die Einstellung der Zahlungen führe zu einer Statusveränderung der Militärmisionen, weil diese künftig in Verwaltungsfragen Beziehungen zum Berliner Senat (statt wie bisher zu den Militärbehörden der Drei Mächte) haben würden.“ Der finanzielle Aspekt sei dagegen weniger wichtig. Daraufhin sei von den Alliierten ein Kompromißvorschlag gemacht worden, der auch von der Bundesregierung akzeptiert worden sei: „Der Berliner Besatzungshaushalt wird wie bisher mit den Zahlungen an die Militärmisionen belastet. Die begünstigten Regierungen erstatten jedoch die erhaltenen Beträge an den Senat von Berlin zurück.“ Bei einem erneuten Treffen am 29. September 1971 hätten die betroffenen Staaten ihrerseits einen Kompromißvorschlag unterbreitet: „Danach sollen die Nutzungsgebühren für die benutzten Gebäude in Berlin ab 1. Januar 1972 an den Senat von Berlin zurückerstattet werden, während die Erstattung der sonstigen Beträge erst ab 1. Januar 1973 beginnen soll.“ Erck sprach sich für eine Ablehnung dieses Vorschlags aus, da dahinter offenbar nur der Wunsch stehe, „noch ein Jahr länger finanzielle Vorteile zu genießen. Die politischen Bedenken sind durch das von allen Beteiligten gebilligte Verfahren der Rückerstattung der Zahlungen an den Berliner Senat ausgeräumt. Mit einer Verminderung der Präsenz fremder Staaten in Berlin (West) ist kaum ernsthaft zu rechnen, da die beteiligten Staaten selbst ein Interesse daran haben, in Berlin (West) vertreten zu sein. Es besteht deshalb für uns kein Grund, die mit großem Geduld in jahrelangen Bemühungen erreichte Entscheidung erneut zu halbieren und zu vertagen.“ Vgl. VS-Bd. 4503 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

² Vortragender Legationsrat Blech übermittelte eine Aufzeichnung zum Sachstand der Frage des Abbaus der Vergünstigungen für die ausländischen Militärmisionen in Berlin (West). Vgl. VS-Bd. 4503 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

- 1) Die Entscheidung, die Bezuschussung mit Ablauf des Jahres 1971 einzustellen, kann nicht geändert werden. Der Kompromißvorschlag, die Auslagen, außer den Mieten, auch für das Jahr 1972 aus dem Besatzungshaushalt zu finanzieren, kann leider nicht akzeptiert werden.
- 2) Die administrativen Schwierigkeiten auf Seiten der betroffenen Staaten, die durch den Zeitdruck und durch die Verzögerung der Bereitstellung der notwendigen Unterlagen seitens der drei Westmächte für die betroffenen Staaten entstanden sind, wird die deutsche Seite zu einer Prüfung veranlassen, ob die Rückzahlungen am Anfang mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ab 1. Fälligkeitstermin 1.1.1972 (ein bis zwei Monate) vorgenommen werden können.

Die anwesenden Botschafter kritisierten zu Beginn der Unterhaltung in zum Teil scharfen Formulierungen die Grundsatzentscheidung, daß ihre Länder nunmehr die Kosten der Militärmissionen in Berlin selbst tragen sollten. Der Betrag sei gering (eine Mio.), der mögliche Schaden (Reduzierung oder gar Schließung von Missionen) groß. Niemand stellte jedoch eine solche Maßnahme direkt in Aussicht. Die Botschafter betonten, daß sie eigentlich mit der Bundesregierung in dieser Sache nichts zu tun hätten, sie seien hier nicht als Botschafter ihres Landes, sondern als Leiter der Militärmission in Berlin, insofern stünden sie nur in einem Verhältnis zu den drei Westmächten. Diese hätten sie 1945 gebeten, mit ihnen als Militärmissionen nach Berlin zu kommen, jetzt sollten nur noch für die Drei Mächte, nicht aber für sie die Vergünstigungen gelten. Das sei unfair und diskriminierend. Der belgische Botschafter verwies auf die 40 Mio. DM, die seine Regierung für die Stationierung belgischer Truppen in der Bundesrepublik jährlich aufwende und meinte, daß die Beendigung der Zuschüsse für die Militärmissionen in Berlin ihn irritiere (I resent it).

Ich legte eingehend unsere Überlegungen dar. Seit zahlreichen Jahren habe diese Frage Friktionen und Mißverständnisse in unserem beiderseitigen Verhältnis hervorgerufen. Man müsse die Dinge auch aus unserer Sicht sehen. Heute sei nicht mehr 1945. Die Militärmissionen übten jetzt andere Funktionen aus. Die Entsenderegierungen hätten sicherlich, unabhängig von der Frage der Zuschüsse, ein eigenes politisches, konsularisches und wirtschaftliches Interesse an der Präsenz in Westberlin, ganz abgesehen von dem Gesichtspunkt des gemeinsamen westlichen Interesses. Die geringe Höhe des Betrages gelte nicht nur für die Beurteilung der Position der Bundesregierung, sondern mehr noch für die Position der Entsenderegierungen.

Im Ergebnis der Diskussion fanden sich schließlich auch alle damit ab, daß die Zuschüsse ab 31.12.1971 eingestellt werden. Nur der Griechen wandte ein, daß seine Regierung lediglich für die Miete Haushaltsvorkehrungen getroffen habe und daß für Vorkehrungen zur Finanzierung der übrigen Kosten noch etwas Zeit benötigt werde. Der dänische Botschafter sagte, er habe aufgrund der verzögerten³ Bearbeitung der Angelegenheit durch die amerikanischen Behörden in Berlin erst vor einigen Tagen die notwendigen Anträge an seine Regierung leiten können. Deswegen wäre er dankbar, wenn die ersten dänischen Erstat-

³ Korrigiert aus: „verzögerlichen“.

tungen erst im Februar zu erfolgen brauchten, allerdings mit Wirkung vom 1.1.1972.

Ich sagte Prüfung dieser mehr verwaltungstechnischen Frage zu.

Ich habe ferner erwähnt, daß die Bundesregierung an der Aufrechterhaltung der westlichen Präsenz in Berlin sehr interessiert sei. Auf die Frage, ob wir mehr die Form des Generalkonsulats oder die der Militärmision vorzögen, habe ich auf das fortbestehende politische Interesse der Bundesregierung an der Beibehaltung des Status der Militärmisionen hingewiesen. Ich habe schließlich ausgeführt, daß die technischen Einzelheiten zwischen den einzelnen Militärmisionen und dem jeweiligen Sektorkommandanten geregelt werden sollten, und daß das BMWF zur Verfügung stünde, falls seine Hilfe erwünscht sei.

Einleitend hatte ich auf die Motivierung der Zusammenkunft hingewiesen. Die Alliierten hätten uns gebeten, ihnen unsere Haltung darzulegen, ehe die Drei Mächte den betroffenen Missionschefs die Antwort auf den Kompromißvorschlag vom 29. September 1971 unterbreiten. Sie nahmen dies mit Verständnis zur Kenntnis.

Hiermit dem Referat II A 1⁴ zur weiteren Veranlassung.

van Well

VS-Bd. 4503 (II A 1)

⁴ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blech am 15. Dezember 1971 vorgelegen, der handschriftlich für Legationssekretär Erck vermerkte: „B[itte] E[ntwurf] eines Schnellbriefs an betroffene Ressorts (einschließlich L[andes]v[ertretung] Berlin) mit Unterricht[un]g/D[urch]d[ruck] für Alliierte.“

Generalkonsul Scheel, Helsinki, an das Auswärtige Amt**Z B 6-1-14781/71 VS-vertraulich**
Fernschreiben Nr. 388**Aufgabe: 14. Dezember 1971, 15.00 Uhr¹**
Ankunft: 14. Dezember 1971, 15.19 UhrBetr.: Finnische Deutschland-Initiative²Bezug: DB Nr. 375 vom 1.12.1971 – Pol I A 5-82-88/71 VS-v³

I. Außenminister empfing mich gestern nachmittag, um mir finnischen Standpunkt darzulegen. Er betonte eingangs, daß die Politik Finnlands in bezug auf die Deutschlandinitiative vom 10.9.1971 sich nicht verändert habe. Nach wie vor sei Parallelität der Verhandlungen und gleichzeitiges Inkrafttreten der Verträge geplant. Dies ergäbe sich aus Finnlands Neutralitätspolitik. Meine Feststellung, daß damit das von Generalkonsul Väänänen am 18.11.1971⁴ überreichte Non-paper⁵ seine Bedeutung verloren habe, wurde von Mattila zunächst

1 Hat Ministerialdirektor von Staden am 15. Dezember 1971 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über H[err]n D Pol 2 H[err]n Thomas wie bespr[ochen]. M[eines] E[rachtens] kann kein auch noch so bescheidenes Vorgespräch geführt werden, ehe klar ist, ob wir überhaupt bereit sind, die Aufn[ahme] dipl[omatischer] Bez[iehungen] zum Gegenstand eines Vertrages zu machen, was ich unbedingt verneinen würde.“

Hat Ministerialdirigent van Well am 16. Dezember 1971 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Thomas am 16. Dezember 1971 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blech verfügte.

Hat Blech am 23. Dezember 1971 vorgelegen.

2 Zur Initiative der finnischen Regierung vom 10. September 1971 vgl. Dok. 304.

3 Generalkonsul Scheel, Helsinki, berichtete über ein Gespräch mit dem finnischen Außenminister Mattila: „Ich begann damit, daß wir in der finnischen Haltung in der letzten Zeit eine deutliche Veränderung gespürt hätten, insofern als neuerdings ein gewisses Drängen von finnischer Seite auf eine – möglichst positive – baldige und endgültige Antwort zu verzeichnen sei. Dies stehe im Widerspruch zu einer ganzen Reihe von Äußerungen, die seinerzeit im unmittelbaren Zusammenhang mit der finnischen Initiative erfolgt seien. Hierzu erwiederte Mattila: Die finnische Haltung ist nach wie vor die gleiche und hat sich seit September nicht geändert.“ Im Verlauf des Gesprächs sei deutlich geworden, „daß die finnische Regierung offenbar mit großer Spannung auf das Ergebnis der NATO-Konferenz zur KSE wartet. Offenbar glaubte finnische Regierung aus unserer Bereitschaft zu einer Beteiligung an der KSE gewisse Folgerungen auch für die Frage der Anerkennung zu ziehen. Dem bin ich sofort entgegengetreten.“ Mattila habe bemerkt, „daß mein Vortrag für ihn sicherlich nicht nur Angenehmes gebracht hätte, daß man aber dankbar für klare Darlegung unserer Position sei. Man werde unsere Stellungnahme ‚auf verschiedenen Ebenen‘ gründlich untersuchen und eine Antwort geben, die die Interessen beider Seiten zu berücksichtigen versuche. Er werde mich in absehbarer Zeit bitten, ihn wieder aufzusuchen.“ Vgl. VS-Bd. 9819 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1971.

4 Korrigiert aus: „19.11.1971.“

5 Ministerialdirigent van Well teilte der Handelsvertretung in Helsinki am 18. November 1971 mit, der finnische Generalkonsul Väänänen habe ein Non-paper übergeben, in dem ausgeführt worden sei: „1) Die finnische Regierung geht davon aus, daß die Bundesregierung in angemessener Zeit ihre Antwort auf den Vorschlag der finnischen Regierung vom 10. September 1971 gibt. 2) Nach finnischer Meinung entspricht das Verschieben der Antwort nicht den finnischen Interessen und nach unserer Auffassung auch nicht denjenigen der Bundesrepublik. Die Bundesregierung hat ja angestrebt, die nach dem Zweiten Weltkrieg noch offen gebliebenen Fragen aufzuklären, und dieses Ziel hat auch seinerseits der finnische Vorschlag. 3) Mit Bezug auf die Tatsache, daß in den Verhandlungen zwischen den Staatssekretären Bahr und Kohl in der Berlin-Frage nach den Informationen der Vertreter der beiden deutschen Regierungen bald eine Entscheidung erreicht wird, hat man finnischerseits gute Gründe, eine baldige, positive Antwort der Bundesregierung auf den finnischen Vorschlag zu erwarten. 4) Außenminister Mattila stellte gegenüber den Vertretern der deutsch-finnischen Parlamentariergruppe am 15. November 1971 in Helsinki fest, daß Finnland keine Ab-

spontan bejaht, später aber auf Drängen seines Beraters, Karppinen, dahin modifiziert, daß seine heutige Äußerung maßgebend sei, nach wie vor aber die in dem Non-paper ausgeführte finnische Hoffnung auf eine baldige positive Antwort bestünde. Es liege aber der finnischen Regierung fern, die Bundesregierung zu drängen. Andererseits würde die finnische Regierung in eine sehr unangenehme Situation kommen, wenn sie als neutrales Land die DDR erst anerkennen würde, wenn dies zuvor seitens der Bündnispartner der Bundesrepublik geschehen sei.⁶ Hierzu bemerkte ich, daß sich die finnische Regierung in dieser Richtung einstweilen keine Sorgen zu machen braucht. Es erscheine mir ausgeschlossen, daß eine solche Anerkennung zu erwarten sei, bevor nicht mindestens die von allen Seiten gebilligten Anträge der beiden deutschen Staaten auf Aufnahme in die UNO vorlägen; daß es damit noch gute Weile habe, liege sicherlich auf der Hand.⁷

Mattila kam dann auf den Gedanken von Erkundungsgesprächen (exploratory talks) zurück, den Staatssekretär Tötterman am 21. Oktober bereits gegenüber Generalkonsul Hauber erwähnt hatte.⁸ Diesmal wurde allerdings entgegen der Interpretation durch Generalkonsul Väänänen der Ausdruck „exploratory talks“ auch auf mein Fragen ausdrücklich bestätigt. Es zeigte sich aber, daß die finnische Seite über den Charakter solcher Gespräche und die Auswahl der teilnehmenden Personen noch keine rechte Vorstellung hat. Es wurde davon gesprochen, daß es sich um zum normalen diplomatischen Verkehr gehörende Gespräche handeln könne, die im übrigen durchaus nicht als Versuch zur Beschleunigung der Entwicklung der Frage interpretiert werden sollten, sondern als ein Bestreben, der für Finnland so wichtigen Frage die nötige Beachtung zukommen zu lassen. Man könne sich finnischerseits durchaus vorstellen, daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 1953

sicht hat, die Gespräche mit der DDR zu beginnen, bevor man zwischen den beiden deutschen Regierungen in der Berlin-Frage eine de facto Übereinstimmung erreicht hat. 5) Aber danach erwartet Finnland bei erster Gelegenheit die positive Antwort von der Bundesregierung. Nach der finnischen Meinung braucht die Gesamtregelung der finnisch-deutschen Beziehungen nicht zu warten, bis die Durchführung der Formalitäten der Berlin-Regelung zu Ende gebracht worden ist oder bis die Großmächte das Schlußprotokoll dieser Regelung unterzeichnet habe. Dieser Zeitpunkt hängt ja von den anderen Faktoren ab.“ Vgl. den am 18. November konzipierten und am 19. November 1971 übermittelten Drahterlaß Nr. 242; Referat I A 5, Bd. 365.

6 Der Passus „erst anerkennen ... geschehen sei“ wurde von Ministerialdirektor von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies können wir zurechtstellen.“

7 Der Passus „bevor nicht ... auf der Hand“ wurde von Ministerialdirektor von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gut.“

8 Generalkonsul Hauber, Helsinki, berichtete am 21. Oktober 1971, der Staatssekretär im finnischen Außenministerium, Tötterman, habe dargelegt, der DDR sei mitgeteilt worden, daß die finnische Regierung von der Bereitschaft der DDR Kenntnis genommen habe, über den finnischen Vorschlag vom 10. September 1971 zu verhandeln. Sie warte aber noch „auf die substantielle Antwort der Bundesrepublik Deutschland. Unter diesen Gegebenheiten möchte sie erst später über die Frage des Beginns der Verhandlungen entscheiden. Die finnische Regierung habe aber das Außenministerium in Helsinki und die finnische Handelsvertretung in Ostberlin instruiert, sich zur Verfügung der Regierung der DDR zu halten, falls diese exploratorische Gespräche über Fragen im Zusammenhang mit der finnischen Initiative führen wolle. Tötterman fügte hinzu, die finnische Regierung sei auch zu exploratorischen Gesprächen mit uns bereit und würde es begrüßen, wenn das Auswärtige Amt solche Gespräche mit dem finnischen Vertreter in Bonn aufzunehmen wünschte. [...] MD von Staden habe in seinem letzten Gespräch mit Väänänen auf die Gefahr hingewiesen, daß ein Meinungsaustausch mit der DDR über die finnische Initiative Verhandlungen präjudizieren könnte. Die finnische Regierung sei der Ansicht, daß man durch die Aufnahme von exploratorischen Gesprächen diese Art von Gefahr vermeiden könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 332; Referat I A 5, Bd. 365.

zunächst einmal über die Formulierung einer vorläufigen Antwort der Bundesregierung gesprochen würde, welche eine für beide Seiten vorteilhafte Fortsetzung des Entwicklungsprozesses ermöglichen würde. Man sei allen Vorschlägen von seiten der Bundesregierung gegenüber offen.

Die finnische Seite würde es als „erhebliches Mißgeschick“ ansehen, wenn die Bundesregierung auf ihre Initiative eine abweisende Antwort geben würde. Das würde die finnische Seite vor eine neue Situation stellen, in der die ganze Lage von Grund auf überprüft werden müsse. Ich bemerkte dazu, daß dieser Satz leicht dahin ausgelegt werden könnte, als wolle Finnland in einem solchen Fall allein mit der DDR verhandeln. Mattila bestritt ausdrücklich, daß es sich hier um eine Art Drohung handele oder daß unsere negative Antwort etwa automatisch eine Anerkennung der DDR bewirken werde; wir müßten aber Verständnis dafür haben, daß eine Ablehnung unsererseits eine Neubewertung der Lage durch die finnische Regierung notwendig mache. Ich wies darauf hin, daß in oppositionellen Kreisen der Bundesrepublik bereits an der Eignung Helsinkis für die KSE als Tagungsort gezweifelt würde, eine Einstellung, die durch eine solche einseitige finnische Reaktion natürlich verstärkt werden würde. Mattila betonte ausdrücklich, bisher sei von der finnischen Regierung die Lage nach einer negativen Antwort der Bundesregierung noch nicht erörtert worden.

II. Man kann kaum sagen, daß durch dieses Gespräch eine wesentliche Klärung der Lage erreicht worden sei. Ich hatte den deutlichen Eindruck, daß das Außenministerium ohne feste Weisungen von Kekkonen ist und nun versucht, sich mit der durch seine (Kekkonens) Initiative entstandenen peinlichen Situation auseinanderzusetzen. Dabei besteht die Tendenz, den Schwarzen Peter, den wir mit meinen Ausführungen am 1. Dezember (siehe DB vom 1.12.1971 Nr. 375 – Pol I A 5-82-88/71 VS-v) den Finnen zugesteckt hatten, wieder an uns zurückzugeben.

Die Frage, ob wir der finnischen Anregung entsprechend uns zu Gesprächen zusammensetzen sollen, sollte vielleicht unter Berücksichtigung der Tatsache entschieden werden, daß die Finnen – wenn auch, wie ich bei jeder Gelegenheit zu verstehen gebe, lediglich durch ihr eigenes Verschulden – tatsächlich in einer prekären Lage sind. Sollte die Lage zu prekär und der Druck der finnischen Linkspresse und der DDR zu stark werden, so könnte es zu Reaktionen kommen, die uns nicht unbedingt willkommen sein könnten. Durch ein Eingehen auf den finnischen Wunsch dagegen würden wir die Entwicklung in einem erheblichen Maß in der Hand behalten.

Hinzu kommt, daß die finnischen Vorstellungen von dem Inhalt von Gesprächen doch recht bescheiden sind. Es kommt den Finnen offenbar darauf an, durch irgendein Geschehnis zu beweisen, daß sie nicht mit den Händen im Schoß darauf warten, „bis ihnen die Bundesregierung die Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR erlaubt“. Zwangsläufig würden allerdings die Gespräche nicht geheimgehalten werden können, da sonst ja eine politische Entlastung der finnischen Regierung nicht darin läge. Das war im übrigen auch Mattilas Meinung.

Es kommt also darauf an, unseren Entschluß, in solche Gespräche einzutreten, so zu formulieren, daß darin keine Aufweichung unserer allgemeinen Haltung erblickt werden könnte. Ich glaube übrigens, daß die finnische Regierung über die Bezeichnung der Gespräche („exploratorisch“ oder wie auch sonst) noch mit

sich reden ließe, je harmloser unsere Formulierung klänge (etwa daß in dem finnischen Angebot Unklarheiten enthalten seien, über die wir uns Aufklärung verschaffen wollten, bevor wir eine endgültige Antwort gäben), um so besser.

Ich habe betont, daß unsere Antwort nicht heute oder morgen erfolgen könne, sondern frühestens im Januar.⁹

[gez.] Scheel

VS-Bd. 9819 (I A 5)

443

Botschafter Pauls, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14792/71 geheim
Fernschreiben Nr. 2974

Aufgabe: 14. Dezember 1971, 16.07 Uhr¹
Ankunft: 14. Dezember 1971, 22.53 Uhr

Auch für BMVg

Betr.: Vorbereitung Bundeskanzlerbesuch²;
 hier: europäischer Verteidigungsbeitrag

Bei den Fachleuten der amerikanischen Regierung herrscht die Auffassung

⁹ Zur Antwort der Bundesregierung auf die Initiative der finnischen Regierung vom 10. September 1971 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Well vom 19. Januar 1972; AAPD 1972.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 15. Dezember 1971 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Rückriegel und Hartmann verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?“

Hat Rückriegel am 15. Dezember 1971 vorgelegen.

Hat Hartmann am 16. Dezember 1971 vorgelegen, der auf einem Begleitvermerk handschriftlich notierte: „Ich habe die Angelegenheit mit Steinhaus besprochen. Er steht der Auffassung von Pauls, insbesondere den beiden Vorschlägen am Schluß, scharf ablehnend gegenüber. Wir haben mit dem mühsam ausgehandelten Devisenausgleichsabkommen zunächst einmal das unsere getan. Vor 1973 liegt daher kein Anlaß vor, von uns aus auf die Angelegenheit zurückzukommen. Wie die Lage 1973 aussieht, kann heute niemand übersehen. Es ist durchaus möglich, daß auch dann wieder eine gewisse Anzahl von procurements erforderlich ist, die in einen Devisenausgleich eingebracht werden könnten; selbst wenn ihre Zahl weit unter der jetzigen bleibt. Ein magerer Devisenausgleich könnte auch für Amerikaner besser erscheinen als gar keiner. Ob ein multilaterales Burden sharing zu stande kommt und vor allem, ob es billiger ist als der Offset, erscheint sehr fraglich. Die Anregung dazu sollte aber jedenfalls nicht von uns ausgehen. Dieser Auffassung schließe ich mich an. Die jetzt abgeschlossenen Verhandlungen haben gezeigt, daß trotz aller Schwierigkeiten schließlich doch eine vernünftige Lösung möglich ist. Es ist auch nicht einzusehen, warum wir auf Budgetleistungen ausweichen müßten; gerade das Ergebnis von voriger Woche hat bewiesen, daß man eben doch ein besseres Konzept durchsetzen kann. Hatte inzwischen B[e]spr[echung] mit H[errn] Simon, der dieser Linie zustimmt; ebenso III A 5 (Scholl).“ Vgl. VS-Bd. 1920 (I A 7); B 150, Aktenkopien 1971.

Hat Hartmann erneut am 22. Dezember 1971 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Amerikaner verstehen ‚Burden sharing‘ als Übernahme größerer Lasten und Verantwortung für die eigene Sicherheit durch die Europäer. Insofern gibt es ‚Burden sharing‘ bereits. Die Botschaft scheint es als gemeinsame Budgetleistungen der Europäer an die US aufzufassen. Hierzu ist größte Vorsicht angebracht.“

Hat Pfeffer erneut vorgelegen.

² Für die Gespräche des Bundeskanzler Brandt mit Präsident Nixon am 28./29. Dezember 1971 in Key Biscayne, Florida, vgl. Dok. 450 und Dok. 452.

vor, daß das soeben abgeschlossene Offset-Abkommen³ vermutlich das letzte sein werde. Das gilt nicht in gleicher Weise für den Kongreß und für die öffentliche Meinung. Ein etwaiger Versuch, in zwei Jahren ein neues Offset-Abkommen zu verhandeln, würde auf noch größere Schwierigkeiten stoßen, als es bei dem gegenwärtigen Abkommen der Fall war. Man kann wohl jetzt schon mit Sicherheit sagen, daß kein halb so großer Betrag für Anschaffungen noch einmal aufgebracht werden kann, da die Phantombeschaffung⁴ ein einmaliger Vorgang ist.

Um einer Neuaufage entgegenzuwirken, müssen die subjektiven Vorbedingungen langfristig geschaffen werden. Hier müssen wir m.E. von der Erkenntnis ausgehen, daß, solange wir Offset leisten, es unmöglich ist, Fortschritte im multilateralen Burden sharing zu machen, weil die übrigen Verbündeten sich durch die bilaterale deutsche Offset-Verpflichtung entlastet fühlen. Umgekehrt ist richtig, daß wir von der amerikanischen Offset-Forderung nur loskommen, wenn im multilateralen Burden sharing substantielle Fortschritte erreicht werden.

Wir können mit Sicherheit erwarten, daß auch ein multilaterales Burden sharing von uns mehr verlangt als von anderen Verbündeten. Das ist aber immer noch besser, als in Zukunft einer bilateralen Offset-Forderung der Amerikaner gegenüberzustehen, die dann aus Mangel an Beschaffungen auf immer höhere budgetäre Leistungen drängen würde. Aus politischen Gründen ist es vorzuziehen, daß wir solche Budget-Leistungen, wenn wir sie erbringen müssen, im Bündnisrahmen leisten und nicht innerhalb eines bilateralen Offset-Arrangement. Wenn es zu einem „re-alignment“ kommt, das die amerikanische Devisen- und Außenhandelsbilanz entscheidend verbessert, wird dies den Druck auf Offset-Leistungen erleichtern. Zu bezweifeln ist jedoch, daß eine Neuregelung so schnell wirkt, daß innerhalb der nächsten eineinhalb Jahre schon von einem tiefgreifenden Wandel der finanz- und handelspolitischen Situation der Vereinigten Staaten gesprochen werden kann. Wir müssen also mit weiterem Druck in Richtung auf besondere Leistungen des Offset rechnen.

Hinzu kommt, daß 1973 bei uns Wahljahr ist, was es sicher nicht erleichtern würde, eine noch größere budgetäre Leistung als bisher zu erbringen, um ein auch die Amerikaner befriedigendes bilaterales Offset-Abkommen zu erreichen.

Wir haben daher innerhalb des Bündnisses ein besonderes eigenes Interesse, das Thema Burden sharing in einer für uns und die Amerikaner befriedigenden Weise zu behandeln. Unsere EDIP-Initiative vor einem Jahr⁵ hat vorzüglich gewirkt, und ich bin bisher der Vorstellung gefolgt, daß weitere Neuaufage von EDIP die richtige Methode sei. Wenn dem gewichtige Gründe entgegenstehen, glaube ich aufgrund der ersten Wirkung, die das „European Force Im-

³ Zum Abkommen vom 10. Dezember 1971 über einen Devisenausgleich zwischen der Bundesrepublik und den USA vgl. Dok. 438.

⁴ Zum Kauf von 175 Phantom-Düsenjägern des Typs „F-4“ vgl. Dok. 300, Anm. 6.

⁵ Zum „European Defense Improvement Program“ (EDIP) vgl. Dok. 48, Anm. 3.

ovement Program“ (EFIP)⁶ hier gehabt hat, daß auch auf diesem Wege Ergebnisse erreicht werden können, die es der amerikanischen Regierung erleichtern, ihre Politik der unverändert aufrechterhaltenen Stationierung in Europa gegenüber Senat und Öffentlichkeit weiterhin durchzusetzen. Es kommt dabei entscheidend darauf an, den Amerikanern den Eindruck zu vermitteln, daß es sich bei EFIP nicht um einen einmaligen Vorgang handelt, sondern daß EFIP von den Europäern zu einem kontinuierlichen Prozeß entwickelt wird. Dabei sind die jährlich insgesamt investierten Summen nicht so entscheidend. Die finanzielle Größenordnung wird nie so sein können, daß sie die Amerikaner angesichts des Umfangs ihrer eigenen Verteidigungsleistungen besonders beeindruckt. Wichtig ist, daß die kollektive Initiative der Europäer zum Ausdruck kommt.

Mansfield und den „hard core“ seiner Anhänger können wir mit nichts beeindrucken und ihnen ihre Meinung auch nicht abkaufen, wohl aber können wir das im Senat vorhandene „floating vote“ beeindrucken, und das ist entscheidend, um Mehrheit zu gewinnen oder Mansfield in der Minderheit zu halten. Bisher wäre selbst bei einer Mansfield-Mehrheit im Senat, die politisch eindrucksvoll genug gewesen wäre, eine gesetzliche Wirkung durch die sichere Gefolgschaft, über die die Regierung Nixon in dieser Frage im Repräsentantenhaus verfügt, zu neutralisieren gewesen. Wie das Repräsentantenhaus nach den Herbstwahlen 1972⁷ aussehen wird, ist offen. Es ist durchaus möglich, daß die Liberalen in beiden Parteien, die in der Stationierungsfrage mehr zur Mansfield-Richtung neigen, Sitze gewinnen.

Die Art, wie wir – und es wird sehr wesentlich auf deutsche Initiativen ankommen – das Burden sharing behandeln, hat darüber hinaus auch grundsätzliche politische Bedeutung für die weitere Durchsetzung unserer Außenpolitik und das richtige Verständlichmachen unserer Auffassung von MBFR und KSE als Testfällen der wirklichen sowjetischen Bereitschaft zur Entspannung. Die amerikanische Einstellung zu beiden Komplexen ist lange Zeit von dem Mißtrauen bestimmt worden, daß der europäische „approach“ euphorisch sei. Manche Äußerungen, auch von deutscher Seite, schienen den Amerikanern diesen Eindruck zu bestätigen. Je nüchterner und je leidenschaftsloser wir uns zu beiden Themen äußern und je mehr wir das Bündnis stärken, um so überzeugender wirken wir auf die Führung der amerikanischen Außenpolitik. Um so eher wird sie bereit sein, in enger Koordination mit uns den Test praktisch zu unternehmen und aus der bisherigen mentalen Reserve herauszukommen, d. h. uns aus dem bisher mehr taktischen in das politische Verstehen beider Komplexe zu folgen. Je ernster wir die Frage des Burden sharing und der Aufrechterhaltung der Verteidigung als einer politischen „bargaining position“ nehmen, um so größer wird das amerikanische Vertrauen in unsere Außenpolitik in der jahrelan-

⁶ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Rückriegel hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Zur Verabschiedung des „European Defense Improvement Program“ (EDIP) auf der Ministersitzung der Eurogroup am 7. Dezember 1971 in Brüssel vgl. Dok. 431.

⁷ Am 7. November 1972 fanden in den USA die Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus, Teilwahlen zum Senat und Gouverneurswahlen statt.

gen Phase dieser Bemühungen, die vor uns liegt, sein. Das volle Vertrauen, das wir gegenwärtig besitzen, wird gerade im Zuge der von uns erhofften, günstigen Fortentwicklung unserer Politik gegenüber Osteuropa ständiger, sorgfältiger Pflege bedürfen. Darin liegt die entscheidende politische Bedeutung des Burden sharing sowohl für den gesamten Zusammenhang der Allianz wie für die zukünftige Qualität der bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Ich möchte vorschlagen, daß der Bundeskanzler in seinem Gespräch mit Nixon deutlich macht, daß wir diesen Zusammenhang so sehen.

Es wird wichtig sein, möglichst bald im neuen Jahr einen Plan zu entwickeln, wie wir von Offset loskommen und auf multilaterales Burden sharing umschalten können.⁸

[gez.] Pauls

VS-Bd. 1920 (201)

⁸ Ministerialdirektor von Staden teilte der Botschaft in Washington am 20. Dezember 1971 mit: „AA und BMVg sehen es als zur Zeit nicht zweckmäßig an, das Thema ‚multilaterales Burden sharing‘ deutscherseits aufzugreifen. Mit vor wenigen Tagen für die Zeit vom 1.7.71 bis 30.6.1973 vereinbartem Offset-Abkommen leistet Bundesrepublik erneut besonderen Beitrag zur Minderung der sich aus der Truppenstationierung in Europa ergebenden Belastung für die amerikanische Zahlungsbilanz. Zustandekommen des Abkommens beweist, daß trotz aller Schwierigkeiten für beide Seiten befriedigende Lösung bisher noch möglich war. Dabei soll nicht verkannt werden, daß verschiedene günstige Umstände (Kauf der 175 Phantom, Verfügbarkeit der in den USA unterhaltenen Rüstungskonten) den Abschluß erleichtert haben. Dennoch wäre es verfrüht, schon jetzt die Möglichkeit eines neuen Abkommens völlig auszuschließen. Welche Voraussetzungen 1973 hierfür bestehen werden, ist im Augenblick nicht abzuschätzen. Das gilt insbesondere auch für das Volumen an militärischen Beschaffungsvorhaben, das in ein solches Abkommen eingebracht werden könnte. Im übrigen werden die Bedingungen eines künftigen Offset-Abkommens entscheidend von den Auswirkungen des ‚realignment‘ und der noch zu regelnden handelspolitischen Erleichterungen in der EG auf die amerikanische Zahlungsbilanz abhängig sein. Hiermit leisten die Europäer einen Beitrag zur Lösung der amerikanischen Zahlungsbilanzprobleme, der berücksichtigt werden muß, falls die USA erneut den Wunsch nach multilateralem Burden sharing vorbringen sollten. Im übrigen erscheint es zweifelhaft, ob multilaterales Burden sharing überhaupt zustandekommen würde. Erfahrungen bei nur unter größten Schwierigkeiten verwirklichtem EDIP empfehlen vorsichtige Beurteilung. Außerdem besteht Gefahr, daß derartige Lösung für Bundesrepublik im Vergleich zum Offset höhere Belastungen mit sich bringt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6292; VS-Bd. 1737 (201); B 150, Aktenkopien 1971.

444

Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt

II A 4-82 VS-NfD
Fernschreiben Nr. 2762
Citissime

Aufgabe: 15. Dezember 1971, 08.45 Uhr¹**Ankunft: 15. Dezember 1971, 08.51 Uhr****Auch für Ministerbüro**

Betr.: II. Besuch Dr. Barzels²
 hier: Gespräche mit Kossygin

Bezug: DB Nr. 2758 vom 14.12.71 – II A 4³

Heutiges Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin dauerte (in Anwesenheit zweier Dolmetscher, eines sowjetischen Stenografen, Bondarenkos und mir) drei Stunden und war bei sachlicher Atmosphäre nicht immer ganz frei von Spannungen. Es drehte sich um Vertrag vom 12.8.1970⁴, EWG und Selbstbestimmungsrecht. Ausgehend von den gestern durch Gromyko Dr. Barzel gegebenen Erläuterungen, über die Kossygin eingehend unterrichtet war, brachte es einige Präzisierungen, heftigste Ausfälle gegen die EWG, aber nichts eigentlich Neues.

Nachdem Barzel das Fehlen des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen im Vertrag sowie die Bedrohung und Verhinderung der Freizügigkeit bemängelt, andererseits betont hatte, daß auch die Opposition für Frieden, GV, Rüstungskontrolle, Abrüstung, Zusammenarbeit und geregelte Beziehungen zwischen den EG- und den sozialistischen Ländern eintrete, erklärte Kossygin: Die ersten zehn Jahre nach dem Kriege seien keineswegs frei von schweren Spannungen

¹ Hat Bundesminister Scheel vorgelegen.

² Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel hielt sich vom 10. bis 16. Dezember 1971 in der UdSSR auf.

³ Botschafter Allardt, Moskau, berichtete über ein Gespräch des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel mit dem sowjetischen Außenminister am 13. Dezember 1971 in Moskau: „Gromyko fragte, wie die CDU einerseits laut Erklärung Dr. Barzels entschieden für den Frieden eintrete, andererseits sich dem Vertrag vom 12. August gegenüber negativ verhalte. Diese Haltung habe doch das Resultat, die Beziehungen zu sozialistischen Ländern im allgemeinen und zur Sowjetunion im besonderen weiter gespannt und damit auch ganz Europa in einem Zustand permanenter Spannung zu halten. Dr. Barzel erwiderte, die CDU habe sich noch nicht definitiv über ihre Haltung zum Vertrag entschieden, zumal sie auch auf das Resultat dieser seiner Reise nach Moskau warte. Beide Länder, die Bundesrepublik und die Sowjetunion, hätten bisher Frieden miteinander gehabt und würden auch künftig – mit oder ohne den Vertrag – in Frieden leben, zumal die Bundesrepublik gar nicht in der Lage sei, eine andere als eine Friedenspolitik zu betreiben. In diesem Zusammenhang habe er einige Fragen: Wie sei ‚Entspannung‘ mit dem Schießbefehl, der Unterdrückung der Freizügigkeit und dem Fehlen sonstiger humanitärer Regelungen zu vereinbaren? Und ferner: Weshalb sei der Brief, der das Selbstbestimmungsrecht stipuliere und dessen Ziele die CDU/CSU auch künftig vertreten werde, nicht zum Inhalt des Vertrages gemacht worden? Gromyko bemerkte, er notiere, daß die CDU sich noch nicht definitiv zum Vertrag entschieden habe. Der Vertrag sei eine sorgfältig ausgewogene Balance der Interessen beider Vertragspartner. Wenn man also die in diesem Brief enthaltenen Ideen in den Vertrag hätte aufnehmen wollen, hätte es keinen Vertrag geben können.“ Vgl. VS-Bd. 10066 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1971.

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BULLETIN 1970, S. 1094.

zwischen SU und BRD gewesen. Auch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1955⁵ habe sich das Verhältnis nicht immer positiv entwickelt. Die Sowjetregierung wünsche daher ein stabiles, schwankungsfreies Verhältnis zur Bundesrepublik und Frieden in Europa. Sie gehe dabei von der realen Lage aus, also von der Unerschütterlichkeit der vorhandenen Grenzen, von zwei deutschen Staaten, die miteinander Verbindung aufgenommen hätten und deren Existenz ebenso unerschütterlich sei. Gewaltige Rüstungsausgaben auf beiden Seiten müßten neben anderen Aufgaben reduziert werden. Die Bundesrepublik müsse schließlich nicht nur die eigene, sondern auch die amerikanische Rüstungspolitik und darüber hinaus die amerikanische Kriegspolitik im Fernen Osten finanzieren.

Der Vertrag, so wie er sei, sei eine optimale Lösung, um europäische Probleme entschieden zu lösen, und die Sowjetunion werde alles in ihrer Macht Stehende tun, damit er möglichst bald in Kraft trete. Sie habe zu diesem Zweck auch ihre Verbündeten aufgerufen, dazu beizutragen. Soeben seien denn auch gewisse Arrangements zwischen der DDR und der BRD bzw. dem Senat und der DDR getroffen worden.⁶

Was die zwei deutschen Staaten anbelange, so seien sie unabhängig, entwickelten sich, würden in die UNO aufgenommen und würden miteinander gleichberechtigte Beziehungen aufnehmen. Detailfragen, wie die von Barzel erwähnten, müßten im Laufe der Zeit geregelt werden.

Er begreife, daß angesichts der parlamentarischen Struktur unseres Regimes alle Parteien ihre Chancen nutzen würden, aber hier gehe es um mehr, nämlich um die Gesamtlage Europas und die absolute Unerschütterlichkeit der Lage. Würde man die Dinge anders sehen, würden die sowjetisch-deutschen Beziehungen um Jahre zurückgeworfen werden.

Dr. Barzel wies auf das noch im Protokoll von 1955 verankerte Recht auf die Wiedervereinigung aller Deutschen hin⁷ und bemerkte, Kossygin habe sicherlich nicht sagen wollen, daß die Bundesrepublik die militärischen Ausgaben anderer im Fernen Osten mitfinanziere. Insoweit handele es sich wohl um ein Mißverständnis.

Er, Barzel, sei gekommen, um Klarheit über gewisse Positionen der sowjetischen Regierung zu gewinnen, insbesondere zur Interpretation von Vertragsbestimmungen, zur Frage der Wiedervereinigung, aber auch ganz allgemein zu den Fragen der Entspannung, der Freizügigkeit, der Mauer etc. Er wünsche, mit gu-

5 Die Bundesrepublik und die UdSSR nahmen am 13. September 1955 diplomatische Beziehungen auf.

6 Zu den am 11. Dezember 1971 paraphierten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR über den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) sowie den Vereinbarungen zwischen dem Senat von Berlin und der Regierung der DDR vgl. Dok. 428.

7 Im Kommuniqué vom 13. September 1955 über die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde u. a. ausgeführt: „Beide Seiten gehen davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen und damit auch zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes – der Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates – verhelfen werden.“ Vgl. DzD III/1, S. 333.

tem Gewissen dazu beitragen zu können, daß der Vertrag eine breite Mehrheit finde.

Kossygin entgegnete, seine Bemerkungen zur Fernost seien völlig richtig verstanden worden. Mit den 50 Mrd. Papierdollar, mit denen die USA Europa überschwemme, würden auch die militärischen Ausgaben der USA im Fernen wie im Nahen Osten finanziert.

Zur Grenzfrage:

Die Mauer sei eine völlig normale Grenze. Ob sie eines Tages durch einen Schlagbaum ersetzt werde, hänge ganz von der Zukunft ab. Unerschütterlich seien lediglich die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. In der Hinsicht seien keinerlei Kompromisse von der Sowjetunion zu erwarten.

Zur EWG:

„Sie wollen uns also jetzt einen neuen Block, noch dazu mit Großbritannien, Norwegen und Dänemark, gegenüberstellen. Ihre Regierung vor allem wird dabei verlieren. Aber andere auch. Sie glauben, uns von diesem Block aus diktieren zu können.

Nachdem die sozialistische Integration weitgehend realisiert ist, können wir ebenso handeln und außerdem ganz auf den amerikanischen Markt übergehen, falls Sie uns zwingen, nicht mehr mit Ihnen oder anderen EWG-Staaten allein zu paktieren. Sie wollen eine Chinesische Mauer uns gegenüber aufbauen, aber Sie können sicher sein, daß unsere Reaktion dazu keineswegs positiv sein wird.

Ich hatte die EWG ganz anders verstanden. Ich habe an Synchronisierung von Transport-, Finanzierungs- und solchen Fragen gedacht, Sie aber wollen mit der sogenannten Harmonisierung Ihrer Handelspolitik etwas völlig anderes, nämlich die Chinesische Mauer.

Wir, die UdSSR, wollen hingegen einen gesamteuropäischen Markt, ebenso wie übrigens auch die USA. Wir wollen eine harmonisierte Gesamtgesellschaft in Europa. Westeuropa ist zwar ebenso wie die USA ziemlich am Ende mit seinen Energiequellen und seinen Rohstoffen, es kann aber an unseren eigenen hiesigen Rohstoffen teilhaben, soweit es fähig und willens ist, mit uns gemeinsam die langfristigen Aufgaben von deren Ausbeutung zu lösen. Wir wissen, daß alle europäischen Wirtschaftskreise unsere und nicht etwa Ihre diesbezüglichen Auffassungen über diesen neuen Block in Westeuropa teilen.“

Die Sowjetunion wolle weder Gewaltanwendung in Europa, die heutzutage ein Wahnsinn wäre, sie wolle das, was in den Beschlüssen vom XXIV. Parteitag⁸ und in den Reden von Breschnew u. a. verankert sei. All diese Dokumente zielen auf eine friedliche Entwicklung hin und seien in einem Paket enthalten, das auch den Vertrag mit einschließe.

Eine mehrdeutige Auslegung des Vertrages gebe es nicht, es gebe nur eine Aufgabe: Frieden und Zusammenarbeit.

Dr. Barzel entgegnete, daß auch er den entschiedenen Willen zur Zusammenarbeit mit der SU und zu einer friedlichen Entwicklung vertreten habe und vertreten werde und er gern Kossygins Bemerkung zur Kenntnis nehme, daß die

⁸ Der XXIV. Parteitag der KPdSU fand vom 30. März bis 9. April 1971 in Moskau statt.

Sowjetregierung keinesfalls beabsichtige, einen Druck in Richtung einer bestimmten politischen Haltung auf ihn oder seine Freunde ausüben zu wollen. Gerade wegen dieses Wunsches nach Zusammenarbeit sehe er nicht, daß der Vertrag eine wirkliche Entspannung schaffe bzw. nicht mehrdeutig interpretierbar sei. Wenn das letztere nicht der Fall wäre, dann wisse er nicht, aus welchem Grund die Bundesregierung soeben bestimmte Interpretationen aus den Verhandlungsprotokollen publiziert habe.⁹

Kossygin bemerkte, er kenne diese Veröffentlichung nicht. In einer so ernsten Frage wie der Ratifizierung des Vertrages halte er es auch für keine gute Sache, Bestandteile des Vertrages im Parteienstreit zu missbrauchen. Auf ihn, Kossygin, dürfe man sich jedenfalls nicht berufen.

Zur Wiedervereinigung:

Die Antwort stehe im Vertrag. Es gebe zwei deutsche Staaten, die über alle solche Fragen diskutieren könnten. Er könne und wolle keine Prognose für die Zukunft geben, das sei Sache dieser beiden deutschen Staaten.

„Ich bin in keiner Weise autorisiert, für die souveräne Regierung der DDR zu sprechen, die ihre Stellungnahmen und Urteile selbst abgibt. Wir, die SU, haben lediglich mit der Bundesrepublik verhandelt und haben einen Vertrag mit ihr unterzeichnet. Die Frage nach der Wiedervereinigung hat damit überhaupt nichts zu tun. Die beiden deutschen Staaten werden nunmehr in die UNO aufgenommen werden und ihre eigenen Meinungen haben. So wenig, wie ich es für die DDR bin, sind Sie berechtigt, etwa für die Regierung von Belgien zu sprechen. Sie könnten ebenso gut nach Westberlin fragen, das von den drei Westmächten regiert wird.“

Dr. Barzel erinnerte erneut an die Formulierung des Protokolls vom 13.9.1955 und sagte, damals fühlte sich die Sowjetregierung legitimiert, über die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu sprechen. Heute sei sie es offenbar nicht mehr.

Kossygin verlas die Präambel zum Vertrag vom 12. August v.J. und bemerkte, daß hier zwar das Protokoll vom 13. September 1955 erwähnt sei, aber ausschließlich bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen.¹⁰ Auf den sonstigen Inhalt dieses Statements einzugehen, habe keinen Sinn.

⁹ Am 13. Dezember 1971 leitete die Bundesregierung dem Bundesrat die Entwürfe der Ratifikationsgesetze zum Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR bzw. zum Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen zu. Enthalten waren ein Schreiben des Bundeskanzlers Brandt vom 11. Dezember 1971 an den Präsidenten des Bundesrats, der Entwurf für ein Vorblatt zum Vertragsgesetz, der Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 12. August 1970 sowie eine dazugehörige Begründung. Ferner wurde eine Denkschrift der Bundesregierung zum Vertrag vom 12. August 1970 übermittelt. In zwei Anlagen zu dieser Denkschrift wurden Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 29. Juli 1970 gegenüber Bundesminister Scheel hinsichtlich der Anerkennung der Grenzen, der Frage einvernehmlicher Grenzänderungen, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Frage eines Interventionsanspruchs veröffentlicht. Die Dokumente zum Vertrag vom 7. Dezember 1970 beinhalteten ebenfalls ein Schreiben des Bundeskanzlers Brandt vom 11. Dezember 1971 an den Präsidenten des Bundesrats, ein Vorblatt zum Vertragsgesetz, den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 7. Dezember 1970 mit einer dazugehörigen Begründung sowie eine Denkschrift der Bundesregierung. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1971, S. 2013–2020.

¹⁰ In der Präambel des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde u.a. ausgeführt: „Die Hohen Vertragschließenden Parteien [...] In Würdigung der Tatsache,

Da eine Abstimmung mit den Dolmetscheraufzeichnungen noch nicht möglich war, kann ich für die Präzision meines obigen Gedächtnisprotokolls keine Gewähr übernehmen.

[gez.] Allardt

VS-Bd. 10066 (Ministerbüro)

445

**Ministerialdirektor von Staden an die Botschaft
in Reykjavik**

I A 5-82.00-94.11-3511/71 VS-vertraulich

16. Dezember 1971¹

Fernschreiben Nr. 90

Aufgabe: 17. Dezember 1971, 19.06 Uhr

Betr.: Anzeichen einer Veränderung in der isländischen Haltung gegenüber
unserer Deutschlandpolitik

Bezug: DB Nr. 183 vom 8.12.1971 – I A 5-83.-94.11 VS-v²

Für „zunehmende Irritation“ isländischer Minister über unsere Haltung hin-
sichtlich isländischen Arrangements mit EG besteht kein Anlaß. Im Rahmen
der Abkommen mit nicht-beitretenden EFTA-Ländern sind für Island günsti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1963

daß die früher von ihnen verwirklichten vereinbarten Maßnahmen, insbesondere der Abschluß des Abkommens vom 13. September 1955 über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, günstige Bedingungen für neue wichtige Schritte zur Weiterentwicklung und Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen geschaffen haben, [...] Sind wie folgt übereingekommen:“ Vgl. BULLETIN 1970, S. 1094.

1 Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Weil konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Thomas am 16. Dezember vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schenck am 17. Dezember 1971 zur Mitzeichnung vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit einem mir unerlässlich erscheinenden Ergänzungsvorschlag zu S. 4, der schriftlich beigefügt ist.“ Vgl. Anm. 11.

Hat Ministerialdirigent Simon am 17. Dezember 1971 vorgelegen.

2 Botschafter Rowold, Reykjavik, berichtete über ein Gespräch mit dem Generalsekretär im isländischen Außenministerium vom Vortag. Thorsteinsson habe ihn vertraulich davon unterrichtet, „daß sich bei verschiedenen isländischen Ministern eine ‚zunehmende Irritation‘ über die negative Haltung der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften hinsichtlich eines isländischen Arrangements mit dem EG bemerkbar mache. Die isländische Regierung sei im Besitz von Informationen, wonach vor allem die deutschen Vertreter mit Nachdruck gefordert hätten, daß Konzessionen der EG gegenüber Island davon abhängig gemacht werden sollten, daß Island seine bestehenden Fischereigrenzen gegenüber den Mitgliedstaaten nicht ausdehne. Die gesamte isländische Regierung sei über diese ‚unfreundliche deutsche Haltung‘ besonders enttäuscht. Einige Minister hätten aus diesem Anlaß bereits erklärt, daß die isländische Regierung unter diesen Umständen eine Revision ihrer Haltung gegenüber unseren ständigen Wünschen um Unterstützung der Deutschlandpolitik vornehmen müsse. Über die isländische Haltung in der Frage der Zulassung von DDR-Vertretern zu internationalen Organisationen etc. solle die isländische Regierung daher künftig in höherem Maße als bisher in eigener Zuständigkeit entscheiden und sich nicht ständig den Wünschen und Forderungen der Bundesrepublik und internationaler Organisationen (gemeint ist offensichtlich die NATO) beugen.“ Vgl. VS-Bd. 9817 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1971.

gere Bedingungen im gewerblichen und landwirtschaftlichen Bereich vorgesehen.³ Wir haben Sonderbehandlung Islands von Anfang an unterstützt und der von EG-Kommission vorgeschlagenen Sonderregelung im gewerblichen Bereich ohne Rücksicht auf Frage der Fischereigrenzen zugestimmt (vgl. im einzelnen Ziff. I 4 a) des dort vorliegenden Mandats).

Wir sind darüber hinaus der Ansicht, daß Island im Fischereibereich entgegengekommen werden soll, und haben auch hier entsprechende Vorschläge der Kommission befürwortet, obwohl erweiterte Gemeinschaft im Gegensatz zur bisherigen eine Überproduktion an Fisch haben wird. Unsere grundsätzliche positive Haltung ist auch deshalb nicht selbstverständlich, weil es sich hier im Gegensatz zum gewerblichen Bereich nicht um Folgeproblem der Erweiterung handelt. Konvention von Stockholm⁴ kennt Freiverkehr mit Fischen nur bei Einfuhr von tiefgekühlten Fischfilets und gewissen Garnelen nach Großbritannien. Selbst diese Präferenzen gelten nicht gegenüber anderen beitretenden EFTA-Ländern und sind somit erst recht nicht obligatorisch für erweiterte Gemeinschaft.

Isländische Ankündigung, Fischereizone auf 50 Seemeilen auszudehnen⁵, kann allerdings nicht ohne Einfluß auf Haltung der EG im Fischereisektor sein. In das am 29.11. vom Rat verabschiedete Mandat ist daher folgender Absatz aufgenommen worden:

„Les concessions envisagées par la Communauté devraient être subordonnées à l'engagement à prendre par l'Islande d'appliquer en matière de pêche, à l'égard des Etats membres de la Communauté, la législation islandaise qui leur était applicable au premier janvier 1971.“

Dieser Text geht auf Wunsch aller Mitgliedsstaaten und nicht etwa auf besonderen deutschen Vorschlag zurück. Staatssekretär Griesau in Reykjavik⁶ sowie

³ Ziffer 14 des Communiqués der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag sah vor, nach Beginn der Verhandlungen mit den beitrittswilligen Staaten „mit den anderen EFTA-Mitgliedstaaten, die diesen Wunsch äußern, Gespräche über ihr Verhältnis zur EWG“ einzuleiten. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 44.

Am 24. November 1970 wurden exploratorische Verhandlungen auf Ministerebene mit Island eröffnet. Die exploratorischen Verhandlungen wurden am 8. Januar 1971 fortgesetzt.

⁴ Für den Wortlaut der Konvention vom 4. Januar 1960 zwischen Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz über die Gründung der EFTA, die in Stockholm unterzeichnet wurde, vgl. UNTS, Bd. 370, S. 5–398. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1960, D 41–60 (Auszug).

⁵ Botschafter Rowold, Reykjavik, übermittelte am 15. Juli 1971 das Programm der neu gewählten isländischen Regierung. Darin werde erklärt: „Die Vereinbarungen über die Fragen der Fischereizone in den Gewässern von Island [...] mit Großbritannien und ‚Westdeutschland‘ sollen gekündigt werden und es soll ein Beschluß gefaßt werden, die Fischereizonenbegrenzung auf 50 Seemeilen von den Basislinien aus zu erweitern. Diese Erweiterung soll nicht später als am 1. September 1972 durchgeführt werden.“ Im außenpolitischen Teil des Regierungsprogramms sei ausgeführt worden, daß die isländische Regierung dafür eintreten wolle, „daß beide deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen werden, wenn die Frage auf die Tagesordnung gesetzt (= akut) wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 84; Referat I A 5, Bd. 377.

⁶ Staatssekretär Griesau, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, hielt sich vom 4. bis 11. August 1971 in Island auf. Am 9. August 1971 fand ein Gespräch mit dem isländischen Außenminister Agustsson statt. Dazu berichtete Botschaftsrat Weber, Reykjavik, am 11. August 1971: „StS Griesau unterrichtete den Außenminister über die Auswirkungen, die eine Erweiterung der Fischereizone auf 50 Meilen für unsere Fischerei hätte. Er hob hervor, daß die Ausdehnung der Fischereizone nicht nur ein bilaterales Problem sei, auch die jetzige Sechsergemeinschaft

Bundesminister Ertl und Staatssekretär von Braun haben anlässlich des Besuchs von Außenminister Agústsson in Bonn⁷ unsere Haltung klar zum Ausdruck gebracht, um isländischer Regierung rechtzeitig Gelegenheit zu geben, vermutliche Auswirkungen ihrer Ankündigung auf Verhalten der EG in ihre Überlegungen einzubeziehen.

Wir sind angesichts wohl begründeter Rechte aus deutsch-isländischem Fischereiabkommen von 1961⁸ und der Abhängigkeit unserer Hochseefischerei von Fanggründen, die Island nunmehr beansprucht (30% unserer Hochseefischerei), in schwieriger Lage. Wir können Präferenzen, die Island erhebliche neue Absatzchancen besonders auch auf dem deutschen Markt einräumen, nicht zustimmen, wenn gleichzeitig Bedingungen für die auf dem deutschen Markt mit der isländischen konkurrierende deutsche Hochseefischerei durch Island so entscheidend beeinträchtigt werden. Wir halten die durch isländische Ankündigung hervorgerufene Lage für um so bedauerlicher, als Island und Bundesrepublik traditionell freundschaftlich verbunden sind und besonders in der Fischerei in einer für beide Seiten vorteilhaften Weise zusammenarbeiten. Wir würden es daher begrüßen, wenn Island in jetzt beginnenden Verhandlungen mit EG-Kommission⁹ bereit wäre, zu einer für beide Seiten befriedigenden Lösung beizutragen. Dabei gehen wir davon aus, daß bei Verständnis für gegenseitige Belange auch Lösung für isländisches Anliegen der Sicherung des Fischfangs als Existenzgrundlage gefunden werden kann.

Wir haben im übrigen unser Verständnis für isländisches Interesse an Sicherung seiner Existenzgrundlage in den kürzlich eingeleiteten bilateralen Gesprä-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1965

und die zukünftige Zehnergemeinschaft seien betroffen, ebenso – hinsichtlich der Rest-EFTA-Staaten – die Fischereipräferenzen für Island. Auf Frage von StS Thorsteinsson bezeichnete es StS Griesau als möglich, daß die für Island vorgesehenen Präferenzen bei einer einseitigen Erweiterung der Fischereizone beeinträchtigt würden, da eine solche Maßnahme alle Mitglieder der erweiterten Gemeinschaft beträfe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 107; Referat I A 5, Bd. 377.

⁷ Der isländische Außenminister hielt sich am 21. August 1971 in der Bundesrepublik auf und traf mit Staatssekretär Freiherr von Braun zusammen. Dazu teilte Ministerialdirigent Simon am 24. August 1971 mit, Agústsson habe ausgeführt, „Island betrachte Festlandsockel als integralen Teil seines Staatsgebietes und somit als sein Eigentum. Es dürfe kein Unterschied gemacht werden zwischen den Schätzen im Festlandsockel (Rohstoffe und Öl) und über dem Festlandsockel (Fische).“ Agústsson habe außerdem auf die Abhängigkeit Islands von der Fischerei hingewiesen. Braun habe entgegnet, daß Änderungen der Fischereigrenzen nicht einseitig vorgenommen werden könnten. Die Fischerei in der Bundesrepublik „würde durch von Island geplante Maßnahme in größte Schwierigkeiten geraten: 30% unserer gesamten Hochseefischerei und über 90% unserer Fischerei im Ozeanbereich um Island werde innerhalb der Zone von 50 Seemeilen ausgeübt. [...] BRD habe sich in EG stets zum Fürsprecher isländischer Anliegen gemacht (Agústsson erkannte dies an und bedankte sich für unsere Haltung). Rat prüfe zur Zeit Frage von Präferenzen für Island (zusätzliche „landing rights“). EG mache sich jedoch über angekündigte isländische Maßnahme Sorgen.“ Die isländischen Maßnahme würde daher bei Erwägungen in den Europäischen Gemeinschaften über isländische Wünsche „ohne Frage eine erhebliche Rolle spielen“. Vgl. den Runderlaß Nr. 4082; Referat I A 5, Bd. 377.

⁸ Für den Wortlaut des deutsch-isländischen Fischereiabkommens vom 19. Juli 1961 vgl. BUNDES-ANZEIGER, Nr. 172 vom 7. September 1961, S. 1f.

⁹ Die Verhandlungen zwischen Island und der EG-Kommission begannen am 18. Dezember 1971. Ministerialdirigent Börmcke, Brüssel (EG), teilte dazu am 20. Dezember 1971 mit: „Die erste Verhandlungs runde brachte die erwartete Stellungnahme der isländischen Delegation zur Frage der Ausdehnung der Fischereirechte (keine Konzessionsbereitschaft) und zum Umfang des Angebots der Gemeinschaft („unzureichend“).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4093; Referat III E 1, Bd. 1826.

chen mit Island¹⁰ zum Ausdruck gebracht und bleiben ebenso wie Großbritannien intensiv darum bemüht, in diesen bilateralen Gesprächen, die im Januar fortgeführt werden sollen, eine für beide Teile befriedigende Lösung in der Fischereizonenfrage zu erarbeiten. Es ist demnach keineswegs so, daß wir die Fischereizonenfrage primär oder gar ausschließlich auf der EG-Ebene behandelten.

Angesichts unserer Island entgegenkommenden Haltung in der EG und unserer Aufgeschlossenheit für Maßnahmen zum Schutz der Fischereibestände im Rahmen der bilateralen Gespräche erscheint Forderung einiger isländischer Minister¹¹ nach Revision der isländischen Haltung gegenüber unserem Wunsch um Unterstützung in der Deutschlandpolitik völlig ungerechtfertigt. Bei künftigen Gesprächen dieser Art können Sie gegebenenfalls in vorsichtiger Form auf Islands Verpflichtung als Unterzeichner des „Protokolls zum Nordatlantik-Vertrag über den Beitritt der BR Deutschland“ vom 23. Oktober 1954¹² verweisen, wodurch sich isländische Regierung der Erklärung der Drei Mächte vom 3. Oktober 1954 (Teil der Londoner Schlußakte) angeschlossen hat; in dieser Erklärung ist die „Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands“ zum politischen Ziel erklärt und Bundesregierung als einzige berechtigt anerkannt worden, „für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen“.¹³ Nur Bündnis als Ganzes kann diese Verpflichtung aufheben. Angedeutete Möglichkeit veränderter isländischer Haltung in Frage der Zulassung von DDR-Vertretern zu internationalen Organisationen wäre damit nicht in Einklang zu bringen und stünde im Widerspruch zu langer Tradition von Sympathie und Wohlwollen zwischen Deutschen und Isländern.

Staden¹⁴

VS-Bd. 9817 (I A 5)

¹⁰ Am 8./9. November 1971 fanden Gespräche zwischen Delegationen der Bundesrepublik und Islands über die Auswirkungen der von Island beabsichtigten Erweiterung seiner Fischereizone von 12 auf 50 Seemeilen und die Absicht der Kündigung des Fischereiabkommens vom 19. Juli 1961 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schenck vermerkte dazu am 11. November 1971: „Atmosphäre und Form der Verhandlungen waren freundlich; doch ließ sich in der Sache auf isländischer Seite kein Anzeichen des Einlenkens erkennen. Wir hatten zwar den Eindruck, daß jedenfalls Botschafter Andersen als Legal Adviser des isländischen Außenministeriums sich für seine Person über die Schwächen der rechtlichen Position Islands nicht im unklaren ist. Aber die isländische Regierung scheint zur Erweiterung der Fischereizone auf 50 Seemeilen entschlossen zu sein. Es war daher bezeichnend, daß die Mienen der isländischen Delegation sich immer dann aufhellten, wenn wir unser Verständnis für die besondere Lage Islands zum Ausdruck brachten, während sie sich bei unseren Darlegungen zur Rechtslage und der Bekräftigung unseres Rechts, den IGH anzurufen, jeweils sichtlich verdüsterten und etwas betreten wurden.“ In einem persönlichen Gespräch sei der Rechtsberater im isländischen Außenministerium, Andersen, darauf hingewiesen worden, daß die Bundesrepublik dem Internationalen Gerichtshof erklären werde, sich seiner Gerichtsbarkeit in der Frage des Abkommens vom 19. Juli 1961 unterwerfen zu wollen. Vgl. Referat III E 1, Bd. 1826.

¹¹ Der Passus „Wir haben im übrigen ... Forderung einiger isländischer Minister“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schenck eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Angesichts dieser unserer Island entgegengekommenen Haltung in der EG erscheint Forderung einiger dortiger Minister“. Vgl. Anm. 1.

¹² Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7135 f.

¹³ Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981 f.

¹⁴ Paraphe vom 17. Dezember 1971.

446

Runderlaß des Ministerialdirigenten Müller

I B 4-82.00-90.09-3538/71 VS-vertraulich Aufgabe: 19. Dezember 1971, 19.59 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 6215 Plurex

Citissime

Betr.: Wiederaufnahme der Beziehungen zu Algerien

Bezug: Schrifterlaß II A 1-82. SL/O-92. vom 8.12.²

Nach erfolgtem Abschluß der Gespräche mit Algerien³ wird Communiqué über Wiederaufnahme Beziehungen Dienstag, 21. Dezember, 17.00 Uhr veröffentlicht.⁴ Botschafter Gastländer werden hier vorab unterrichtet (außer Marokko, da Botschafter⁵ erkrankt und kein Botschaftsrat). Es wird gebeten, dortiges Außenministerium auf möglichst hoher Ebene ebenfalls zu unterrichten und unseren Schritt zu erläutern.

In Ergänzung zum Bezugserlaß sind für die Gesprächsführung nachstehend einige weitere Argumente angeführt, die auf Sicht aus unserer Nahost-Politik abgestellt sind.⁶ Sie müssen ebenso wie die im Bezugserlaß angeführten Argumente von Vertretungen auf ihre jeweilige Verwendbarkeit im Gastland geprüft werden.

¹ Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Redies konzipiert.

² Vgl. Dok. 435.

³ Staatssekretär Frank ersuchte Botschaftsrat Strenziok, Algier, am 7. Dezember 1971, der algerischen Regierung mitzuteilen, die Bundesregierung lege Wert darauf, „daß für die Vereinbarung der Wiederaufnahme der Beziehungen Delegationsgespräche zwischen beiden Seiten vorgesehen würden (d.h. nicht lediglich die Absprache eines Communiquétexes über die Schutzmachtvertretungen). Einmal sollte nach unserer Auffassung der politischen Bedeutung des Schrittes auch nach außen hin Ausdruck verliehen werden. Zum anderen wollten wir mit der algerischen Seite gewisse Probleme besprechen, die sich für uns im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Beziehungen ergeben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 197; VS-Bd. 9860 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1971.

Strenziok teilte am 11. Dezember 1971 mit: „Auf Bitte Auswärtigen Amts, algerische Delegation zu vorbereitenden Gesprächen über Beziehungswiederaufnahme nach Bonn zu entsenden, wurde heute höfliche, aber sehr deutliche Absage erteilt. Entscheidung geht auf Außenminister Bouteflika persönlich zurück, der vorgestern abend nach Algier zurückgekehrt ist.“ Es sei erklärt worden: „Nachdem Algerien durch Verzicht auf jedwede Bedingungen für Beziehungswiederaufnahme Höchstmaß an Vorleistungen erbracht habe, gäbe es nichts weiter zu verhandeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 327; VS-Bd. 9860 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1971.

Frank wies den deutschen Stab an der schweizerischen Botschaft in Algier (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) am 14. Dezember 1971 an, der algerischen Regierung mitzuteilen: „Im Hinblick auf algerische Vorbehalte gegen Wiederaufnahmegespräche durch Delegationen seien wir bereit, hierauf zu verzichten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 207; VS-Bd. 9860 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1971.

⁴ Das Communiqué lautete: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien sind übereingekommen, die diplomatischen Beziehungen mit dem 21. Dezember 1971 wiederaufzunehmen. Ein Austausch von Botschaftern wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt stattfinden. Die beiden Regierungen sind überzeugt, daß damit ein wichtiger Schritt zur Festigung der Bande zwischen beiden Völkern unternommen worden ist.“ Vgl. BULLETIN 1971, S. 2088.

⁵ Abdeslam Tadlaoui.

⁶ So in der Vorlage.

- 1) Bundesregierung halte es für begrüßenswert, daß sich nunmehr Normalisierung deutsch-arabischen Verhältnisses abzeichne. Damit habe sich Erkenntnis durchgesetzt, daß Abbruch Beziehungen für niemanden von Nutzen gewesen sei und Wiederaufnahme im beiderseitigen Interesse liege. Zugleich werde Politik derjenigen arabischen Regierungen bestätigt, die Beziehungen aufrecht erhalten bzw. schon früher wiederhergestellt hätten.⁷
- 2) In Vergangenheit sei Bundesrepublik häufig vorgeworfen worden, daß ihre Politik gegenüber den verschiedenen Seiten im Nahen Osten unausgewogen gewesen sei. In der Tat hätte man von gewisser Unausgewogenheit sprechen können, solange wir nicht mit allen arabischen Staaten Beziehungen unterhalten hätten. Wiederaufnahme einer normalen Zusammenarbeit stelle daher wesentlichen Schritt dar, um bisheriges Bild zu korrigieren.
- 3) Außerdem schiene uns Normalisierung unseres Verhältnisses zu allen arabischen Staaten im Gesamtzusammenhang der Beziehungen Europas zur arabischen Welt wichtig. Bundesregierung sei stets dafür eingetreten, daß Europa stärkere Rolle im Mittelmeer- und Nahost-Raum spiele, jedoch nicht als militärischer Faktor, sondern als eine auf gerechten Frieden und sozialen Fortschritt wirkende Kraft. Bundesrepublik könne an einer solchen Rolle Europas nur teilhaben, wenn sie selber in allen arabischen Hauptstädten vertreten sei.
- 4) Hinsichtlich Weges zur Wiederaufnahme habe Bundesregierung immer Auffassung vertreten, daß es Sache der einzelnen arabischen Regierungen sein müsse zu entscheiden, ob sie hierfür vorherigen Liga-Beschluß für erforderlich halten oder nicht. Der Wiederaufnahme in Algerien würden sich in Kürze Gespräche mit Sudan anschließen. Wir hofften jedoch, daß die Staaten, die Entscheidung im Liga-Rahmen treffen wollten, ebenfalls bald folgen (angeblich will Liga Frage deutsch-arabischer Beziehungen am 27. Dezember erneut behandeln⁸).

⁷ Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch neun arabische Staaten zwischen dem 12. und 16. Mai 1965 vgl. Dok. 23, Ann. 26.

Nicht abgebrochen wurden die diplomatischen Beziehungen durch Libyen, Marokko und Tunesien. Mit Jordanien wurden die diplomatischen Beziehungen am 27. Februar 1967 wieder aufgenommen, mit der Arabischen Republik Jemen am 15. Juli 1969. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 63, und AAPD 1969, II, Dok. 228.

⁸ Gesandter Jesser, Kairo, teilte am 28. Dezember 1971 mit: „Die arabischen Außenminister haben auf ihrem gestrigen Treffen im Rahmen der Arabischen Liga keinen sachlichen Beschuß über die Frage der Wiederherstellung der deutsch-arabischen diplomatischen Beziehungen getroffen. Die Sache wurde – wie in der Außenministersitzung vom 14. November – auf die nächste ordentliche Ratstagung der Liga im März nächsten Jahres verschoben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 970; Referat I B 4, Bd. 378.

Jesser berichtete am 30. Dezember 1971 ergänzend: „Diesmal war es schwierig, zuverlässige Erkenntnisse über die Gründe und Hintergründe zu gewinnen, die die arabischen Außenminister auf der Ligasitzung vom 27. Dezember veranlaßt haben, von einer sachlichen Erörterung der Frage der Wiederherstellung der deutsch-arabischen diplomatischen Beziehungen abzusehen. Offensichtlich ist die Peinlichkeit der letzten Vertagung am 14. November nun in schwere Betroffenheit umgeschlagen bei den Ländern, die an einer baldigen Wiederaufnahme der Beziehungen interessiert sind, ebenso wie im Generalsekretariat der Arabischen Liga.“ Der ägyptische Außenminister Riad habe Algerien und den Sudan wegen ihres Alleingangs getadelt, sich zur Sache aber positiv ausgesprochen. Jesser führte weiter aus: „Es ist möglich, daß das eine oder andere arabische Land, auch Ägypten, das Nichtfassen eines Beschlusses nunmehr zum Anlaß und zur Legitimation nehmen wird, nicht bis zur nächsten ordentlichen Tagung des Ligarat im März nächsten Jahres zu warten, und ebenso wie Algerien und der Sudan einen Alleingang antritt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 979; Referat I B 4, Bd. 378.

5) Wir seien uns darüber im klaren, daß die jetzt eingeleitete Normalisierung des deutsch-arabischen Verhältnisses zu Mißverständnissen hinsichtlich unserer Deutschlandpolitik führen kann, da einige arabische Staaten DDR anerkannt hätten.⁹ Um falschen Eindrücken entgegenzuwirken, würden wir bei allen Regierungen erläuternde Demarchen zu unserem Schritt unternehmen (s. im einzelnen Bezugserlaß). Wir würden ferner die Regierungen, zu denen wir Beziehungen wieder aufnehmen, auf Notwendigkeit hinweisen, keine zusätzlichen Initiativen zu ergreifen, die zu Störungen unserer deutschlandpolitischen Ziele führen könnten.

6) Reaktion in Dritter Welt werde gerade von der Haltung der uns befreundeten arabischen Regierungen stark beeinflußt werden, mit denen Beziehungen schon bisher bestanden haben. Wir hofften deshalb, daß diese Regierungen uns weiter unterstützen würden. Wir hätten von uns aus nicht die Absicht, etwa nunmehr in Vergessenheit geraten zu lassen, daß diese Regierungen uns bisher geholfen haben. Auch künftig wird sich unsere Haltung nach der Haltung der jeweiligen Regierung uns gegenüber ausrichten. Dies werde gewiß auch in der Gestaltung der Zusammenarbeit nach außen hin erkennbar bleiben.

Müller¹⁰

VS-Bd. 9860 (I B 4)

447

Botschafter Pauls, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3036

Aufgabe: 19. Dezember 1971, 21.50 Uhr

Citissime

Ankunft: 20. Dezember 1971, 05.10 Uhr

Betr.: Sitzung der Zehnergruppe in Washington D.C. am 17./18.12.71

I. 1) Nach zweitägigen, intensiven Beratungen, deren Ausgang bis zur letzten Stunde offen war, hat die Gruppe der Zehn, die von Beginn an ausschließlich im Kreise der Minister und Notenbankpräsidenten tagte, eine Einigung erreicht, die im wesentlichen folgende Ergebnisse umfaßt:

- Ein Realignment der Währungskurse, zu deren faktischer Verwirklichung sich die in der Gruppe der Zehn vertretenen Staaten verpflichtet haben und die im einzelnen folgende Veränderungen der Wechselkurse im Vergleich zum Stichtag des 1. Mai 1971 zur Folge hat: Abwertung des Dollar um 7,89 Prozent, Stillhalten von Großbritannien und Frankreich, Italien und Schweden

⁹ Die DDR nahm am 30. April 1969 diplomatische Beziehungen zum Irak, am 27. Mai 1969 zum Sudan, am 6. Juni 1969 zu Syrien, am 30. Juni 1969 zur Volksrepublik Jemen, am 11. Juli 1969 zur VAR sowie am 20. Mai 1970 zu Algerien auf. Mit Kuwait wurde am 28. Dezember 1970 die Aufnahme konsularischer Beziehungen vereinbart.

¹⁰ Paraphe.

Abwertung um 1 Prozent, Niederlande und Belgien Aufwertung um 2,76 Prozent, Bundesrepublik Deutschland und Schweiz Aufwertung um 4,61 Prozent, Japan Aufwertung um 7,61 Prozent. Im Verhältnis zum Dollar bedeutet die Abwertung des Dollar und die Aufwertung der DM einen Kurs von 3,223. Kanada behält das Floating bei;

- die sofortige Aufhebung der amerikanischen Surcharge und der „buy-american“-Klausel¹ im Rahmen des „Revenue Act von 1971“²;
- Erweiterung der Bandbreiten auf 2,25 Prozent nach beiden Seiten;
- unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über die langfristige Reform des internationalen Währungssystems. (Text der offiziellen Verlautbarung in Anlage 1³).

2) Nachdem diese Einigung im Prinzip festgestanden hatte, war Präsident Nixon überraschend im Verhandlungsgebäude erschienen, um den Teilnehmern seine Glückwünsche zu dem Erfolg auszusprechen. Vor der Presse hat er dann vor allem darauf hingewiesen, daß es keine gewinnenden und verlierenden Länder gebe. „Gewonnen hat die freie Welt“. (Vollständiger Text der Ansprache in Anlage 2⁴).

II. Bundesminister Prof. Dr. Schiller, Staatssekretär Dr. Schöllhorn und Bundesbankpräsident Dr. Klasen haben das Ergebnis der Sitzung anschließend in einer Pressebesprechung, an der ich teilgenommen habe, im einzelnen erläutert.

1) Im Vergleich zu dem unmittelbar vor der Konferenz bestehenden Satz von 6,0 Proz. durchschnittlicher Aufwertung gegenüber den OECD-Ländern betrage dieser Satz nunmehr etwa 3,8 Prozent (ohne Kanada), so daß unter „rein merkantilistischer“ Betrachtungsweise insoweit sogar ein Abwertungsgewinn entstanden sei. – Auch im Verhältnis zu den USA sei eine unmittelbare Verbesserung eingetreten, wenn man den künftigen Abstand zum Dollar mit den vorherigen, fast schon prohibitiven, sich kumulierenden Auswirkungen des floating, der surcharge und der „buy-american“-Klausel für Investitionsgüter vergleiche.

2) Bei der Wiedereröffnung der Märkte würde sich sofort ein de-facto-Realignement entsprechend den Vereinbarungen einstellen. Dem IMF würden die neu-

1 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Nixon vom 15. August 1971 über die Aufgabe der Dollar-Konvertibilität sowie weitere wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen; Dok. 276, Anm. 2.

2 Am 20. Dezember 1971 gab Präsident Nixon im Rahmen seiner Gespräche mit Premierminister Heath auf den Bermudas bekannt: „I have today made the first decision implementing the agreement which was reached over the weekend by the Group of Ten in their meetings in Washington. After consultation with the Secretary of the Treasury and the Secretary of State today, I have signed a proclamation removing the 10 percent surcharge.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1971, S. 1197.

3 Dem Vorgang beigelegt. Anlage 1 enthält das Communiqué der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe am 17./18. Dezember 1971 in Washington. Vgl. Referat III A 1, Bd. 614.

Für den Wortlaut des Communiqués vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 32–34. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 23 f.

4 Dem Vorgang beigelegt. Anlage 2 enthält den Text der Rede des Präsidenten Nixon anlässlich der am 18. Dezember 1971 auf der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe in Washington erzielten Einigung über eine Neuordnung des Weltwährungssystems („Smithsonian Agreement“). Vgl. Referat III A 1, Bd. 614.

Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1971, S. 1195 f.

en Kurse entweder in Relation zum Dollar oder zu den Sonderziehungsrechten gemeldet.

3) Die Entscheidung sehe eine Option der Mitgliedstaaten dem IMF gegenüber entweder für „Mittelkurse (Central Rates)“ oder für feste Paritäten vor. Die Möglichkeit der Wahl von Central Rates sei einmal für die Länder von Bedeutung, deren internes Recht die entscheidende Festlegung anderen Gremien als der Regierung vorbehalte, und habe außerdem zur Folge, daß bei der Festlegung von „Mittelkursen“ noch keine festen Wechselkurse offiziell festgelegt würden. Mit Ausnahme von Frankreich und Großbritannien hätten sich zunächst alle anwesenden Länder für die vorläufige Anwendung der „Mittelkurse“ entschieden. Da Deutschland somit vorläufig keine offizielle Parität festlege, könne es den Grenzausgleich beim Warenverkehr von Agrarprodukten in der Gemeinschaft weiter anwenden. Gerade auf diese Konsequenz habe er seine EWG-Kollegen in den Besprechungen ausdrücklich hingewiesen.

4) Diese weltweite Lösung sei eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Weiterarbeit an der europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion gewesen, die jetzt wieder zügig vorangetrieben werden könnten.

III. Vor allem unter Berücksichtigung der deutschen Position zu Beginn der Beratungen hat Bundesminister Prof. Dr. Schiller durch seine hartnäckige Verhandlungsführung einen sehr beachtlichen Erfolg errungen. Die deutsche Seite hatte insbesondere deshalb von Anfang an einen schweren Stand, weil bei dem Treffen der Präsidenten Nixon und Pompidou über einige wichtige Eckwerte für das Realignment schon eine gewisse Verständigung zustande gekommen war.⁵

Da die ungefähre Abwertungshöhe des Dollar und das Stillhalten des französischen Franc vereinbart worden war, richtete sich der Druck fast ausschließlich auf die DM und den Yen. Bis in eine späte Phase der Verhandlungen hinein bestanden über den Aufwertungssatz der DM weit höhere Vorstellungen bei den anderen Delegationen, als sie Bundesminister Schiller akzeptieren wollte und konnte.

Von gravierender Bedeutung war insoweit der Abstand der DM zum französischen Franc, der durch die Verhandlungstaktik von Bundesminister Schiller erheblich verringert werden konnte, ohne daß ihm dabei von europäischer Seite sehr viel Unterstützung zuteil geworden wäre. Die anderen europäischen Partner waren im Gegenteil daran interessiert, einen möglichst großen Abstand zum neuen Wechselkurs der DM zu bekommen.

⁵ Im Communiqué über das Treffen des Präsidenten Nixon mit Staatspräsident Pompidou am 13./14. Dezember 1971 in Angra do Heroísmo auf der Azoreninsel Terceira wurde u. a. ausgeführt: „President Nixon and President Pompidou reached a broad area of agreement on measures necessary to achieve a settlement at the earliest possible date of the immediate problems of the international monetary system. In cooperation with other nations concerned, they agreed to work toward a prompt realignment of exchange rates through a devaluation of the dollar and revaluation of some other currencies. This realignment could, in their view, under present circumstances, be accompanied by broader permissible margins of fluctuation around the newly established exchange rates. [...] President Nixon underscored the contribution that vigorous implementation by the United States of measures to restore domestic wage-price stability and productivity would make toward international equilibrium and the defense of the new dollar exchange rate. The Presidents agreed that discussion should be undertaken promptly in appropriate forums to resolve fundamental and interrelated issues of monetary reform.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 30f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 22f.

Bis in die Abschlußphase der Verhandlungen hinein waren es – neben Italien, das auf eine weit höhere Abwertungsrate der Lira drängte – die Japaner, die die Verhandlungen verzögerten, nachdem sie sich anfangs sehr zurückgehalten hatten, und die lange nicht bereit waren, den um drei Prozent höheren Aufwertungssatz als Deutschland zu akzeptieren.

Daß es überhaupt gelang, zu einem erfolgreichen Abschluß zu gelangen, ist ein Ereignis von historischem Rang; denn zum ersten Male in Friedenszeiten ist unter den großen Handelsnationen der Erde ein weltweites Realignment frei ausgehandelt worden. Durch dieses Realignment und den Wegfall der restriktiven amerikanischen Maßnahmen ist die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung eines gesunden und möglichst unbeeinflußten Welthandels zum Nutzen aller Länder geschaffen worden.

Nach Aussagen von Sitzungsteilnehmern zahlreicher anderer Länder – und insbesondere auch des Vorsitzenden der Konferenz, Minister Connally, – ist es in weitem Umfange den Bemühungen von Bundesminister Schiller zu danken, daß es zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen ist.

[gez.] Pauls

Referat III A 1, Bd. 614

448

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden

II A 5-82.00-94.20-1755/71 geheim

22. Dezember 1971¹

Betr.: Deutsch-polnisches Verhältnis;

hier: Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit dem Leiter der Polnischen Handelsmission, Herrn Piątkowski, am 22.12.1971

Ich fasse das einstündige Gespräch wie folgt zusammen:

Der Staatssekretär eröffnet Herrn Piątkowski, daß er mit ihm im Auftrag des Bundesaußenministers spreche. Er habe zwei Probleme zu erörtern und bitte Herrn Piątkowski, seiner Regierung über den ersten Punkt des Gesprächs genau zu berichten.

Die Bundesregierung könne sich mit der allgemeinen Versicherung der polnischen Seite, daß diese ihre Verpflichtungen aus „Information“ zur Umsiedlungs-

¹ Hat Staatssekretär Frank am 18. Januar 1972 vorgelegen.

frage² loyal erfüllen würde, nicht begnügen, solange die Zahlen der Umsiedler nach Unterzeichnung des Vertrages³ nicht wesentlich höher seien als davor.

Der Staatssekretär erinnerte daran, daß man weder ein Zeitlimit noch ein Zahlenlimit vereinbart habe.

Der Bundesaußenminister sei besorgt über den Ablauf im Hinblick auf die Ratifikation. Dies habe er, der Staatssekretär, sowohl Herrn Willman⁴ als auch Herrn Winiewicz⁵ schon gesagt. Beide hätten versichert, Polen werde seine Verpflichtungen loyal erfüllen.

Der Staatssekretär erinnerte daran, daß deutscherseits Gespräche von Regierungsvertretern gewünscht würden, um herauszufinden, was sich hinter dieser Zusicherung tatsächlich verborge. Die Erfahrungen des Deutschen Roten Kreuzes unterschieden sich nicht von denen der Bundesregierung, wenngleich Herr Wagner sie in der Öffentlichkeit in einem relativ günstigen Licht dargestellt habe.

Die Bundesregierung habe den deutsch-polnischen Vertrag jetzt dem Parlament zur Ratifikation zugeleitet.⁶ In diesem Zusammenhang habe der Bundesminister ihn, den Staatssekretär, gebeten, den polnischen Vertreter wissen zu lassen, daß der Vertrag in Gefahr geraten würde, wenn keine substantielle Verbesserung in der Umsiedlung eintrete. Gefährdet werde der Vertrag solchenfalls nicht durch die Opposition, sondern durch Teile der Regierungskoalition, die zum Schluß kommen könnten, daß die Geschäftsgrundlage nicht honoriert würde. Der Staatssekretär wiederholte hier seine Bitte, dies so wie dargelegt zu berichten.

Der Staatssekretär fügte hinzu, daß er noch 1970 der Meinung gewesen wäre, die Ratifikation des Vertrages mit Polen würde einfacher sein als die des Vertrages mit der Sowjetunion.⁷ Sollte sich jedoch das, was die polnische Regierung als loyale Erfüllung ihrer Verpflichtungen bezeichne, nicht in einer Verbesserung des Ablaufs der Umsiedlung niederschlagen, dann sei eine Gefährdung des Vertrages zu befürchten.

2 Für den Wortlaut der „Information über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme“ vgl. BULLETIN 1970, S. 1696 f. Für Auszüge vgl. Dok. 6, Anm. 8 und 11.

Für den vertraulichen Teil der „Information“ vgl. AAPD 1970, III, Dok. 551, Anm. 4.

3 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BULLETIN 1970, S. 1815.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Willmann am 25. Oktober 1971; Dok. 364.

5 Staatssekretär Frank vermerkte am 26. November 1971: „Gelegentlich seines privaten Aufenthalts in Bonn habe ich mit Winiewicz ein einstündiges Gespräch geführt. Winiewicz war offensichtlich daran interessiert, den privaten Charakter dieses Gesprächs zu unterstreichen, indem er vorwiegend auf allgemeine Themen (Vereinte Nationen, Entwicklung in Asien, EWG) zu sprechen kam. Erst am Schluß ergab sich die Gelegenheit, Winiewicz unter Hinweis auf die Konsultationsgespräche mit Willmann auf die Bedeutung einer reibungslosen Durchführung der Rückführungsaktion hinzuweisen. Winiewicz betonte, daß die Rückführung für die polnische Regierung ein schwieriges innerpolitisches Problem darstelle, daß sie aber dennoch gewillt sei, die ‚Information‘ loyal durchzuführen.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 1362.

6 Zur Einleitung des Ratifizierungsverfahrens am 13. Dezember 1971 vgl. Dok. 444, Anm. 9.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BULLETIN 1970, S. 1094.

Zum zweiten Thema übergehend bemerkte der Staatssekretär, daß Herr Piątkowski die folgenden Ausführungen als an ihn persönlich gerichtet ansehen könne und darüber nicht zu berichten brauche.

Der Staatssekretär wies daraufhin, daß uns Unterrichtungen über Gespräche zu Ohren kämen, die Herr Piątkowski mit politischen Persönlichkeiten in Bonn führe und in denen er einzelne deutsche Persönlichkeiten wie Regierungsmitglieder und Beamte kritisiere. Er wolle nicht auf einzelne Punkte zurückkommen, aber persönlich vor der Versuchung warnen, durch solche Kritik eine taktische Position aufzubauen, um Vorwürfe, die wir an die polnische Seite hätten, leichter zurückzuweisen. Die einzelnen Regierungsmitglieder ebenso wie die Beamten der verschiedenen Ministerien betrieben keine persönliche Politik, sondern führten die Politik der Bundesregierung aus. Man könne vor einer Eskalation der Mißverständnisse in den beiderseitigen Beziehungen nur warnen. Botschafter Emmel habe es in dieser Hinsicht schwerer, denn es sei ihm versagt, an die politisch entscheidenden Persönlichkeiten in Polen unmittelbar heranzutreten. Das liege an der unterschiedlichen Struktur. Um so größer sei aber die Verantwortung des polnischen Vertreters in Bonn, nicht durch ungerechtfertigte Kritik an der Bundesregierung den Eindruck zu erwecken, als mangle es dieser am guten Willen.

Die polnische Regierung habe bei den Vertragsverhandlungen gesagt, daß die Normalisierung, vom Thema der Familienzusammenführung abgesehen, erst nach der Ratifikation stattfinden könne. Gleichwohl bewiesen die Entwicklungen der wirtschaftlichen Beziehungen und der Beginn politischer Konsultationen den guten Willen der Bundesregierung. Am guten Willen aller, die deutsch-polnischen Beziehungen im Geiste des Vertrages zu entwickeln, sei kein Zweifel zulässig.

Es sei wichtig, Friktionen zu vermeiden, und zwar um so mehr, als der Führungswechsel in Warschau⁸ bei uns zunächst eine Unsicherheit darüber hervorrufe, ob auch die neue Führung die gleiche Einstellung zu dem Vertrag habe, der ihr von der alten Führung gleichsam vererbt worden sei. Wir hätten die diesbezügliche Absichtserklärung von Parteisekretär Gierek mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Wir würden sie jedoch an den Schritten messen müssen, zu denen sich die polnische Regierung durch die Information verpflichtet habe.

Die Ratifikation der beiden Verträge habe in der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen eine so entscheidende Bedeutung, daß die Regung der Unzufriedenheit unterdrückt werden sollte. Die Bundesregierung sei gewillt, sich in den ersten Monaten des kommenden Jahres ganz auf die Ratifikation zu konzentrieren. Gerade in der Ratifikationsdebatte werde man erst richtig erkennen, welchen Beitrag die Bundesregierung mit dem Vertrag ihrerseits geleistet habe. Wir müßten uns dagegen verwahren, wenn der Eindruck erweckt würde, als arbeiteten einzelne Regierungsmitglieder und Beamte mit weniger gutem Willen an der Verwirklichung der Politik der Bundesregierung mit.

⁸ Zur Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gomulka, am 20. Dezember 1970 vgl. Dok. 32, Anm. 30.

In seiner Erwiderung wies Herr Piątkowski vor allem darauf hin, daß die Zahl der Umsiedler 1971 wesentlich höher gelegen habe als 1970, und zwar insbesondere dann, wenn man die etwa 8000 Umsiedler in die DDR einrechne.

Ihm wurde erwidert, daß 1970 ein besonders ungünstiges Referenzjahr gewesen sei. Dagegen höbe sich die Zahl für 1971 von den Zahlen vorhergehender Jahre nicht genügend ab, um erkennen zu lassen, daß mit der Vertragsunterzeichnung eine wirkliche Wende eingetreten sei. Ferner wurde Herr Piątkowski darauf hingewiesen, daß die Gruppe der Deutschen ohne Familienangehörige in der Bundesrepublik überhaupt noch nicht in Erscheinung getreten sei.

Es schloß sich ein kurzer Meinungsaustausch über die Wirtschaftsbeziehungen an, in dem Herr Piątkowski vor allem über den Liberalisierungsstand sowie darüber klagte, daß man jeweils nur auf ein Jahr vorausplanen könne.

Der Staatssekretär entgegnete im Sinne der Aufzeichnung von Abteilung III vom heutigen Datum.⁹

Der Staatssekretär beschloß das Gespräch, indem er erneut betonte, daß uns an der Ratifikation des Vertrages und einer gedeihlichen Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses gelegen sei und daß man in seiner Gesprächsführung nach dem Motto verfahren sollte: Wenn Sie zufrieden sind, sagen Sie es andern, wenn Sie es nicht sind, sagen Sie es mir.

Hiermit über Herrn Dg II A¹⁰ Referat II A 5 mit der Bitte, einen zusammenfassenden Drahterlaß für Warschau vorzulegen.¹¹ Der Herr Staatssekretär hat diese Gesprächsaufzeichnung nicht mehr billigen können.

Staden

VS-Bd. 8968 (II A 5)

⁹ Botschafter Hermes vermerkte am 22. Dezember 1971, zwar sei es zutreffend, daß die Bundesrepublik statistisch in der Liberalisierung gegenüber Polen den größten Rückstand im Vergleich zu den anderen EG-Mitgliedstaaten habe. Die Bedeutung dieses Rückstandes werde aber von polnischer Seite sehr überschätzt: „Tatsächlich nahm die Bundesrepublik 1971 etwa 45 % aller polnischen Exporte in die EG-Länder auf. Von den für die polnische Ausfuhr besonders interessanten Textilien nimmt die Bundesrepublik 60 % der polnischen Exporte in die EG auf, obwohl ein großer Teil dieser Positionen bei uns noch kontingentiert und bei anderen EG-Ländern stärker liberalisiert ist.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 466.

¹⁰ Hat Ministerialdirigent Diesel am 23. Dezember 1971 vorgelegen.

¹¹ Für den Drahterlaß Nr. 467 des Ministerialdirektors von Staden vom 23. Dezember 1971 an die Handelsvertretung in Warschau vgl. VS-Bd. 8298 (V 6); B 150, Aktenkopien 1971.

Botschafter Wickert, Bukarest, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14928/71 geheim
Fernschreiben Nr. 5165
Citissime

Aufgabe: 23. Dezember 1971, 16.00 Uhr¹

Ankunft: 23. Dezember 1971, 16.23 Uhr

Betr.: Deutsch-rumänische Beziehungen
 hier: Gespräch mit Ceaușescu

Gestern nachmittag übergab ich Ceaușescu in seinem Bukarester Parteibüro eine Klein-Fernsehkamera. Sie ist der erst jetzt nachgelieferte Teil der Fernsehausrüstung, die der Bundespräsident bei seinem Rumänien-Besuch² dem Staatspräsidenten geschenkt hat.

Ceaușescu bat, dem Herrn Bundespräsidenten seinen Dank zu übermitteln. Er wird mir nach Neujahr den Besuchstermin für einen Techniker der Lieferfirma nennen, der die Anlage überprüfen und ihn im Gebrauch der Apparate unterweisen soll.

I. In der anschließenden Unterhaltung unter vier Augen, die von persönlichen Fragen ausging (seine Arbeitsüberlastung, Freizeit, Redeverpflichtungen usw.), kam sein Pessimismus über die weltpolitische Entwicklung wiederum zum Ausdruck. Er sagte, er sehe nicht ohne Sorge in das neue Jahr. Die politische Lage sei nicht stabil. In den vergangenen Wochen, während des indisch-pakistanischen Krieges, habe sich wieder einmal gezeigt, wie wenig die Weltöffentlichkeit und die Vereinten Nationen eigentlich vermögen. Auf die Frage, ob er sich von einer Europäischen Sicherheitskonferenz einen stabilisierenden Effekt verspreche, antwortete er, man³ solle zwar auf den baldigen Beginn der Konferenz hinarbeiten, ob sie allerdings die Erwartungen erfüllen werde, sei eine noch offene Frage.

Ich sagte, es gäbe doch auch eine ganze Reihe hoffnungsvoller Ansätze in der politischen Entwicklung des vergangenen Jahres. Unter anderem habe er vor wenigen Wochen von einer Stagnation in den deutsch-rumänischen Beziehungen gesprochen.⁴ Er werde aber doch jetzt zugeben, daß das eben unterzeichne-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Hallier am 24. Dezember 1971 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Scheel „wegen S. 2, 3“ verfügte. Vgl. Anm. 3 und 11.

Hat Scheel am 26. Dezember 1971 vorgelegen, der um Rücksprache bat.

² Bundespräsident Heinemann hielt sich vom 17. bis 20. Mai 1971 in Rumänien auf.

³ Beginn der S. 2 des Drahtberichts. Vgl. Anm. 1.

⁴ Botschafter Wickert, Bukarest, berichtete am 30. Oktober 1971 über ein Gespräch des Staatsratsvorsitzenden Ceaușescu mit dem CDU-Abgeordneten Schröder vom Vortag: „Schon in der Einleitung des Gesprächs sagte Ceaușescu, die deutsch-rumänischen Beziehungen hätten sich in den vergangenen Jahren zwar stetig aufwärts entwickelt; jetzt aber stagnierten sie, ja sie machten sogar Rückschritte.“ Ceaușescu habe weiter ausgeführt, „es gehe ihm hier nicht um Einzelprobleme, sondern um folgendes: Rumänien habe zu einer Zeit, als noch Mut dazu gehörte, mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen aufgenommen. Damals hätten wir dies sehr geschätzt und enge Kontakte mit Rumänien gesucht. Heute behandelten wir aber Rumänien wie alle anderen Staaten des Warschauer Pakts, ja in mancher Hinsicht sogar schlechter.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4963; VS-Bd. 8782 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1971.

te Wirtschaftsabkommen⁵ auch für die rumänische Seite zufriedenstellend sei. Es habe sich in den Verhandlungen gezeigt, daß man Schwierigkeiten überwinden könne, wenn beide Seiten Zugeständnisse machten. Ceaușescu sagte, er beurteile in der Tat das neue Abkommen positiv, und es sei, wie er betont wiederholte, durchaus richtig, daß beide Seiten Zugeständnisse machen müßten.

II. Ich brachte darauf das Gespräch auf die Liste der Härtefälle auf dem Gebiet der Familienzusammenführung, die ihm im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundespräsidenten übergeben worden war⁶, und sagte, der Bundespräsident wäre für den ihm zugesagten Bescheid dankbar, damit er die an ihn gerichteten Briefe beantworten könne. Auf Ceaușescus Bemerkung, soviel er wisse, seien bereits eine Reihe dieser Fälle positiv entschieden, antwortete ich, dies sei uns bisher nicht bekannt geworden. Wir wären dankbar, wenn wie über die Entscheidungen in den vom Bundespräsidenten aufgeführten Fällen unterrichtet würden.

Ceaușescu erwiderte, man könne das Problem der Familienzusammenführung nicht isoliert sehen und behandeln. Er könne sich jedoch vorstellen, daß es sich in größerem Zusammenhang und bei einer Verbesserung der deutsch-rumänischen Beziehungen eher lösen ließe. Auf die Bitte um nähere Erläuterungen sagte er, auch die Rumänen hätten humanitäre Anliegen, nämlich die Wiedergutmachung des von den Nationalsozialisten erlittenen Unrechts. Ich sagte, man habe in Bonn die uns übergebenen rumänischen Dokumente sorgfältig geprüft und darunter Fälle medizinischer Versuche an Menschen gefunden. Ich hätte hierzu zwar keine Instruktionen, meiner persönlichen Ansicht nach aber könnten die Rumänen diese Fälle während der nächsten Konsultationen in Bonn⁷ zur Sprache bringen. Ceaușescu erwiderte, er denke weniger an Einzelentscheidungen als vielmehr an eine Globallösung. Auf die Frage, ob er das Problem der Wiedergutmachung auch schon mit anderem Teil Deutschlands, der DDR, besprochen habe, sagte er etwas verblüfft „nein“ und setzte hinzu, er wende

⁵ Am 21. Dezember 1971 wurde zwischen der Bundesrepublik und Rumänien das Dritte Protokoll zum Abkommen vom 22. Dezember 1969 über den Warenverkehr und die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet. Dieses enthielt das Warenverkehrsprotokoll für das Jahr 1972 sowie eine ergänzende Vereinbarung über Meistbegünstigung und Liberalisierung. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 261–267.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Raster vermerkte am 11. November 1971, Bundespräsident Heinemann habe bei seinem Besuch in Rumänien vom 17. bis 20. Mai 1971 das Thema Familienzusammenführung gegenüber dem Staatsratsvorsitzenden Ceaușescu „in allgemeiner Form unter humanitären Gesichtspunkten“ angesprochen und die Übergabe einer Liste von besonderen Fällen durch die Botschaft der Bundesrepublik in Aussicht gestellt. Eine solche Liste sei am 9. Juli 1971 durch Botschafter Sträling, Bukarest, dem Staatssekretär des rumänischen Staatsrats, Statescu, übergeben worden. Dies habe jedoch bislang kein Ergebnis gehabt, ebensowenig wie ein Schreiben von Heinemann vom 10. September 1971 an Ceaușescu: „Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Stand der Familienzusammenführung von Deutschen aus Rumänien aus unserer Sicht unbefriedigend ist“. Vgl. Referat II A 5, Bd. 1371.

Eine zweite Liste mit Härtefällen wurde von der Botschaft in Bukarest am 26. November 1971 dem rumänischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Macovescu übergeben. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1730 des Legationsrats I. Klasse von Puttkamer, Bukarest, vom gleichen Tag; Referat II A 5, Bd. 1370.

⁷ Die deutsch-rumänischen Konsultationen fanden am 21./22. Februar 1972 statt. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem rumänischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Macovescu am 22. Februar 1972 vgl. AAPD 1972.

sich an uns, weil wir genug Geld hätten! Schließlich hätten wir erst in den letzten Tagen durch die Aufwertung der DM⁸ wieder einen größeren Gewinn gemacht!⁹

Ich erwiderte lediglich, dies sei keine überzeugende Antwort auf meine Frage. Außerdem habe er gerade erst von einem humanitären Anliegen gesprochen, jetzt aber stelle sich heraus, wir sollten nicht vergessen, daß es sich um ein finanzielles handle. Ceaușescu sagte, wir sollten nicht vergessen, daß auch die Familienzusammenführung den rumänischen Staat finanziell erheblich belaste. Erziehung und Ausbildung in Rumänien seien kostenlos. Der Staat habe in jeden Bürger viel Kapital investiert, das ihm bei der Auswanderung verloren gehe. Auf die Bemerkung, daß wir das wüßten und ja auch berücksichtigten, sagte er, seine Ansicht zusammenfassend, unser Wunsch nach Familienzusammenführung und der rumänische nach Wiedergutmachung stünden in unlösbarem Zusammenhang. Beides seien humanitäre Anliegen, beide hätten aber auch finanzielle Aspekte.

III. So eindeutig und in derart rücksichtsloser Offenheit hat Ceaușescu das Junktim zwischen Familienzusammenführung und den rumänischen Wiedergutmachungsforderungen meines Wissens bisher noch nicht ausgesprochen.¹⁰ Ich hatte den Eindruck, daß er, wenn er gebeten würde, seine humanitären Anliegen in Zahlen auszudrücken, sicherlich eine beträchtliche Summe nennen würde.

Bevor wir das Gespräch weiterverfolgen, rege ich interne Besprechungen im AA an, vielleicht vor den deutsch-rumänischen Konsultations-Gesprächen.¹¹

[gez.] Wickert

VS-Bd. 10073 (Ministerbüro)

⁸ Vgl. dazu die am 18. Dezember 1971 auf der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe in Washington erzielte Einigung über eine Neuordnung des Weltwährungssystems („Smithsonian Agreement“); Dok. 447.

⁹ Der Passus „verblüfft ... Gewinn gemacht“ wurde von Bundesminister Scheel hervorgehoben.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Bundesminister Scheel hervorgehoben.

¹¹ Ende der Seite 3 des Drahtberichts. Vgl. Anm. 1.

450

**Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit
Präsident Nixon in Key Biscayne**

Geheim**28. Dezember 1971¹**

Aufzeichnung über die Gespräche von Bundeskanzler Brandt mit Präsident Nixon am 28. und 29.12.1971 im Hause des Präsidenten in Key Biscayne, Florida.²

Teilnehmer: General Haig (Vertreter von Mr. Kissinger als National Security Adviser), MD Dr. Sahm.

28.12. – 13.30 bis 17.00 Uhr.

Der *Präsident* eröffnete die Gespräche mit dem Vorschlag, Gedanken darüber auszutauschen, wo wir stehen. Der Bundeskanzler hätte eine Begegnung mit Breschnew gehabt³, er werde China⁴ und im Mai die Sowjetunion⁵ besuchen. Diese Gespräche würden lebenswichtig für Amerika, aber auch für den Bundeskanzler, seine Politik und seine Regierung sein. Er lege auf engste Konsultation während des kommenden Jahres Wert.

Das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen hätte seit einiger Zeit zur Diskussion gestanden. Die Amerikaner wie die Russen sehen einen wichtigen Faktor, daß es der rechte Zeitpunkt für die Begegnung sei, nämlich der Erfolg der Berlin-Verhandlungen. Wenn dieser Erfolg nicht erzielt worden sei, hätte das Gespräch mit den Sowjets nicht stattfinden können. Gromyko und er hätten übereingestimmt, daß nach dem Durchbruch in der Berlin-Frage eine Begegnung

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sahm, Bundeskanzleramt, am 29. Dezember gefertigt.

Hat Sahm erneut am 30. Dezember 1971 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister Scheel persönlich.“

Hat Bundesminister Scheel am 3. Januar 1972 vorgelegen.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 7. Januar 1972 von Vortragendem Legationsrat Hallier zusammen mit der Aufzeichnung über das Gespräch vom 29. Dezember 1971 an Staatssekretär Frank weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Anliegende Protokolle der Gespräche des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Nixon lege ich vor unter Bezugnahme auf die Verfügung des Herrn Ministers mit der Bitte um Kenntnisnahme.“

Hat Legationsrat I. Klasse Vergau am 10. Januar 1972 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Randbemerkungen des H[errn] Ministers auf S. 13 und 26. H[err] Minister bittet um R[ücksprache].“ Vgl. Anm. 28 und Dok. 452, Anm. 5.

Hat laut Vermerk von Vergau vom 28. Februar 1972 Staatssekretär Frank vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10091A (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1971.

² Vgl. zu dem Gespräch auch BRANDT, Begegnungen, S. 396–401.

Für das Gespräch am 29. Dezember 1971 vgl. Dok. 452.

³ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Oreanda auf. Vgl. dazu Dok. 310, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.

⁴ Zur Ankündigung des Besuchs des Präsidenten Nixon in der Volksrepublik China vgl. Dok. 252, Anm. 4.

Nixon besuchte die Volksrepublik China vom 21. bis 28. Februar 1972.

⁵ Zur Ankündigung des Präsidenten Nixon, zu Gesprächen nach Moskau zu reisen, vgl. Dok. 338, Anm. 12.

Nixon besuchte die UdSSR vom 22. bis 30. Mai 1972.

auf der Gipfelebene möglich geworden sei. Die Begegnung werde nicht die bestehenden Probleme beantworten können. Die Sowjets seien jedoch sehr daran interessiert, zu erkennen zu geben, was sie wünschen. Es komme darauf an, diejenigen Gebiete der Differenzen zu definieren, in denen eine Einigung möglich erscheint. Unter gar keinen Umständen werde er es zulassen, daß die Begegnung zu Ergebnissen führt, die auf Kosten der Einheit und des Zusammenhalts der Allianz gingen.

Gerade diese Einheit und dieser Zusammenhalt geben der Begegnung Aussicht auf Erfolg. Jede Schwäche auf Seiten des Westens stärke die Position der Sowjets. Seine Begegnungen mit den drei Staatsmännern Westeuropas⁶ hätten die Grundlage für die künftigen Diskussionen mit den Sowjets gelegt. Das gleiche gelte für die bevorstehende Begegnung mit dem japanischen Premierminister⁷ hinsichtlich seines Besuchs in China.

Er werde seinen Gegnern – nicht Feinden (opponents, not enemies) – keine Gelegenheit geben zu glauben, daß ein Kondominium auf der Ebene der sogenannten Supermächte eingerichtet werden könne; dies wäre ein Verrat an unseren Freunden.

So sehe er den Rahmen seiner Gespräche. Er wolle sehr klar machen, daß europäische Fragen nicht Gegenstand der bilateralen Gespräche in Moskau sein könnten. Bevor er mit den Russen spreche, werde er Übereinstimmung mit den Verbündeten erzielen.

Er erkundigte sich dann, wie der Bundeskanzler die russischen Führer beurteile. Er hätte Breschnew nur einmal kurz getroffen, jedoch nicht mit ihm gesprochen.⁸

Bei den verschiedenen aktuellen Problemen (Südostasien, Südasien, Nahost) hätten die USA gewisse Interessen, ebenso wie auch die Sowjetunion und China. Am wichtigsten sei jedoch Europa, und der Schlüssel für Europa sei Deutschland. Die Sowjets wüßten dies auch. Die Zukunft Deutschlands und seine Stellung in der Allianz seien ständig im Vordergrund der amerikanischen Überlegungen und hätten ein großes Gewicht bei seinem eigenen Nachdenken. Die Erhaltung der Stärke der Allianz und der Integrität der Bundesrepublik Deutschland seien die Voraussetzung für die Bemühungen um Entspannung.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß auch er von Anfang an davon ausgegangen sei, daß die deutschen Bemühungen um die Ost-West-Fragen auf dem Vertrauen der Bündnispartner gegründet sein müßten. Es dürfe kein Mißverständnis zwischen USA und der Bundesrepublik Deutschland oder den europäischen Partnern der USA geben.

⁶ Präsident Nixon traf am 13. Dezember 1971 in Angra do Heroísmo auf der Azoreninsel Terceira mit Ministerpräsident Caetano sowie am 13./14. Dezember 1971 mit Staatspräsident Pompidou und am 20./21. Dezember 1971 auf den Bermudas mit Premierminister Heath zusammen.

⁷ Präsident Nixon und Ministerpräsident Sato kamen am 6./7. Januar 1972 in San Clemente zusammen.

⁸ Im Rahmen einer Reise in die UdSSR traf Vizepräsident Nixon am 26. Juli 1959 mit dem Ministerpräsidenten und Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, in Moskau zusammen. Anwesend war auch das Mitglied des Politbüros der KPdSU, Breschnew. Vgl. *NIXON, Memoirs*, S. 209.

Er sei im vergangenen Jahr zum ersten Mal in der Sowjetunion gewesen⁹ und hätte in diesem Jahr noch einmal Breschnew getroffen. Dabei hätte er gegenüber der vorjährigen Begegnung eine große Veränderung bei Breschnew festgestellt. Im vergangenen Jahr hätte er nicht den Eindruck gemacht, mit den internationalen Problemen besonders vertraut zu sein; er hätte ständig in seinen Papieren geblättert und während der Diskussion daraus vorgelesen. Dieses Mal hätte er die Fragen auf normale Weise diskutiert, ganz entspannt, wobei er den klaren Eindruck gab, daß er die Nummer Eins sei. Auch was die Außenpolitik betrifft. Auf seine Frage hätte Breschnew ihm seine Arbeitsweise erläutert und deutlich gemacht, daß alle außenpolitischen Fragen, selbst solche wie die Ernennung von Botschaftern, Fischereifragen u. ä. im Politbüro erörtert würden. Gelegentlich werde Gromyko hinzugezogen. Offensichtlich sei Breschnew der „boss“, im engen Kontakt mit seinen Kollegen, vertraut mit den entscheidenden Problemen. Er hätte den Eindruck erweckt, daß er bessere Beziehungen sowohl mit Westeuropa wie mit den USA wünsche. Im letzten Jahr sei dies mehr in formaler Weise geschehen. In diesem Jahr hätte er gefragt, ob Nixon wirklich den Frieden wolle, ob Nixon ebenso fühle wie er selbst, daß nämlich die Rüstungslasten zu schwer seien. Im vergangenen Jahr hätte Breschnew keine kritische Äußerung über China gemacht; er, Brandt, sei sogar gebeten worden, China nicht zu erwähnen. In diesem Jahr hätte er, Brandt, von sich aus angekündigt, daß er gerne etwas über China hören wolle, ohne daß Breschnew zunächst darauf eingegangen sei. Am nächsten Morgen hätte er das Problem erneut angeschnitten und erwähnt, daß die Bundesrepublik Deutschland zu gegebener Zeit eine Normalisierung auch mit China anstrebe, jedoch nicht jetzt und auch nicht im nächsten Jahr. Breschnew hätte sich noch einmal vergewissert, daß dies nicht heute oder morgen geschehen werde. Dann hätte er begonnen, über China zu sprechen. Dabei jedoch kein Mißtrauen über Nixons Besuch geäußert.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß man vielleicht an einem Punkt angekommen sei, wo wir die Ereignisse in Rußland beeinflussen könnten. Es hat offensichtlich früher schon Meinungsverschiedenheiten an der Spitze gegeben. Es frage sich, ob man wieder an einem solchen Punkt sei. Er halte es durchaus für möglich, daß die Sowjets mehr Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der wirtschaftlichen Kooperation sowie eine Verminderung der Rüstung in den kommenden Jahren wünschten. Man müsse jedoch vorsichtig sein. Man könne niemals sicher sein, wieweit sie gehen, wie lange sie diejenigen Interessen und Positionen des Westens respektieren würden, die wir nicht aufgeben können.

Es stelle sich die Frage, welchen Einfluß all dies auf die Länder in Ost- und Südosteuropa haben würde. Die Sowjets befinden sich in einem Dilemma. Wir können sicher nicht die Machtlage in Osteuropa ändern, wir können aber auch keine Garantien gegen eine solche Änderung bieten. Er hätte den Eindruck, daß die Sowjets nicht glücklich seien über ihr Einschreiten in der Tschechoslowa-

⁹ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 11. bis 13. August 1970 anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags in der UdSSR auf. Für seine Gespräche mit Ministerpräsident Kossygin am 12. und 13. August 1970 vgl. AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 390. Zum Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 12. August 1970 vgl. AAPD 1970, II, Dok. 388 und Dok. 401.

kei 1968.¹⁰ Sicher werde aber der wachsende Austausch die auf größere Unabhängigkeit strebenden Kräfte stimulieren.

Der *Präsident* warf ein, man wisse zum Beispiel bei Ceaușescu niemals, wann er Rumäne und wann er Kommunist sei.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die letzte Krise in Polen¹¹ ohne ernste Folgen vorbeigegangen sei. Sie sei sichtlich anders gehandhabt worden, nämlich als internes Problem; keiner hätte von angeblichen deutschen Interventionen oder von anti-revolutionären Bewegungen gesprochen. Eine Gefahr sei jedoch, daß die Dinge aus der Kontrolle geraten, falls die Chinesen Einfluß in Südosteuropa gewinnen. Auf lange Sicht muß mit einer Schwächung des sowjetischen Griffes gerechnet werden. Wenn sie sich jedoch unmittelbar bedroht fühlen, werden sie nicht zögern einzutreten. Falls die Chinesen ein größeres Gewicht z.B. in Rumänien oder Jugoslawien gewinnen sollten, dann werde dies ein Faktor sein, der die Situation wesentlich reduziert. Die Chinesen mögen auch Illusionen haben, sich der Ostdeutschen bedienen zu können, obwohl er über keine diesbezüglichen Informationen verfüge.

Bei den Gesprächen mit Breschnew im vergangenen August über China hätte er in vier Stufen argumentiert:

- 1) Darstellung der Geschichte des nationalen Charakters, ihrer Fremdartigkeit und der Schwierigkeiten, sie zu verstehen;
- 2) die Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die etwas besser seien als in den vergangenen Jahren. Breschnew habe, wenn auch in sehr reservierter Weise, auf eine gewisse Normalisierung hingewiesen.
- 3) sei Breschnew auf den wirklichen Punkt gekommen: die abweichlerischen Aktivitäten der Chinesen in der ganzen Welt. Sie beschimpften nicht nur die Russen, sondern unternahmen schmutzige Dinge, wobei er auf gewisse Vorgänge in Algerien, Bengalen und Frankreich hingewiesen hätte. Dabei sei Breschnew eher emotional gewesen.
- 4) hätte Breschnew auf das tatsächliche Potential der Chinesen hingewiesen. Sie hätten 750 Mio. Menschen, aber ihre Stahlproduktion, ihre Autoproduktion usw. sei in keinster Weise mit derjenigen der USA, der Sowjetunion und anderer Staaten zu vergleichen. Die Oberklasse sei dadurch gekennzeichnet, daß sie Fahrräder benutze. Es gebe keine landwirtschaftlichen Maschinen, die Arbeit wird mit der Hand gemacht.

Zum letzten Punkt frage er, der *Bundeskanzler*, sich, ob Breschnew diese Bemerkung wirklich ernst gemeint hätte oder ob er nicht sich selbst klarmachen wollte, wie stark die Sowjetunion sei.

Zu der Frage des *Präsidenten* nach den sowjetischen Führern wolle er sie kurz charakterisieren, indem er Breschnew als aktiv und optimistisch, Kossygin als Pessimisten bezeichne. Es gebe Gerüchte, daß Kossygin bald seinen Posten aufgeben würde. Er halte dies durchaus für möglich.

10 Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR.

11 Zur Krise in Polen vgl. Dok. 32, Anm. 30.

Der Bundeskanzler wies dann auf das Problem der Ratifizierung des Vertrages von Moskau¹² hin. Die Sowjets hätten es nicht geschätzt, daß eine Verbindung mit dem Berlin-Abkommen hergestellt worden sei. Nun hätten sie das Gegenjunktum¹³ geschaffen, was er nicht für klug halte. Nach der Unterzeichnung des Vertrages hätten sich die Beziehungen bereits wesentlich gebessert. Dies gelte allerdings nicht für das Gebiet des Handelsaustausches, dessen Umfang heute demjenigen der Bundesrepublik Deutschland mit Luxemburg entspreche. Auch wenn man ihn verdoppelte, würde dies nur etwa 3,5 % des westdeutschen Außenhandels bedeuten. Eine Besserung sei jedoch insbesondere auf kulturellem und technischem Felde festzustellen. Ferner hätten die Sowjets ihre sehr unfreundliche Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, all die übertriebenen Propagandabehauptungen aufgegeben. Sie hätten sogar erhebliche Energie aufgewandt, um ihr eigenes Volk umzuorientieren. So hätte der sowjetische Verteidigungsminister bei einem Besuch dem schwedischen Verteidigungsminister¹⁴ erzählt, daß er angewiesen worden sei, die politische Erziehung der Soldaten zu revidieren.¹⁵ Sicher gehöre die Bundesrepublik Deutschland immer noch dem imperialistischen Lager an, aber die Übertreibungen seien fortgefallen. Dies stelle eine bedeutsame Entwicklung dar, da die antideutsche Propaganda bisher einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt im kommunistischen Lager dargestellt hätte. Dies bedeute sicher nicht, daß es immer so bleiben müsse, jedoch scheine die sowjetische Haltung etwas langfristiger angelegt zu sein.

Auf die Frage des Präsidenten nach den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ostdeutschland erklärte der Bundeskanzler, daß wir darüber einiges aus dem Verlaufe der Verhandlungen über Berlin erfahren hätten.

Offensichtlich hätten sie der DDR einen Wink gegeben, nicht zu große Schwierigkeiten zu machen. Dies sei für die DDR nicht leicht gewesen. Es gäbe Probleme in der öffentlichen Meinung, aber auch auf dem Gebiet der Sicherheit. Die Besuche von Tausenden in der DDR können den Bemühungen um eine innere Stabilisierung entgegenwirken. Nach seinem Besuch in Paris¹⁶ hätte Breschnew offensichtlich selbst in Ost-Berlin darauf hingewirkt, daß die DDR sich bei den Verhandlungen großzügig erweist.

Der Wechsel von Ulbricht zu Honecker¹⁷ hätte sicher mit der sowjetischen Politik zusammengehangen. Ulbricht sei immer sehr loyal gegenüber der Sowjetunion gewesen, hätte jedoch ein gewichtiges eigenes Prestige besessen. Es kön-

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BULLETIN 1970, S. 1094.

13 Zum sowjetischen Gegenjunktum zwischen der Ratifizierung des Moskauer Vertrags und der Unterzeichnung des Schlußprotokolls zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vgl. Dok. 311 und Dok. 323.

14 Sven Andersson.

15 Der sowjetische Verteidigungsminister Gretschko hielt sich vom 2. bis 6. Dezember 1970 in Schweden auf.

16 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 25. bis 30. Oktober 1971 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 354 und Dok. 387, Anm. 10.

17 Am 3. Mai 1971 nahm das ZK der SED einstimmig den Rücktritt Walter Ulbrichts vom Amt des Ersten Sekretärs „aus Altersgründen“ entgegen und wählte ihn zum Ehrenvorsitzenden. Nachfolger wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu das Kommuniqué; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1971, S. 1.

ne sein, daß die Sowjets mit Führungsgruppen in der DDR zusammengearbeitet haben, die Ulbricht loswerden wollten. Honecker sei sicher stärker ein Mann der Sowjets, jedoch nicht unbedingt repräsentativ für die neuen Kräfte, da er aus der Parteikarriere stamme und ideologisch orientiert sei. Demgegenüber hätten die Wirtschaftsmanager und die Leute in den Ministerien einen gewissen Stolz hinsichtlich der sachlichen Leistungen.

Der *Präsident* fragte, ob die erwähnten Manager mehr deutsch als kommunistisch seien. Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß es keine Schwierigkeiten des Verständnisses gebe, wenn diese Art Leute ihre westdeutschen Gesprächspartner trafen. Dennoch seien sie sehr selbstbewußt über ihre Leistungen.

Nixon fragte ferner, ob Ulbricht, der ein zäher Bursche sei, so eng zu den Russen stehe wie Honecker. *Brandt* erwiderte, daß dies ursprünglich sicher der Fall gewesen sei, daß jetzt Honecker aber eher bereit sei, den Sowjets zu folgen. Vielleicht sei Honecker etwas flexibler.

Präsident *Nixon* ging auf das Verhältnis der Sowjets zu Europa über. Was für sie wirklich zähle, sei Deutschland. Sie seien klug genug zu verstehen, daß die Deutschen an vorderster Stelle in der Produktion ständen und eine große Schwungkraft besäßen. Einerseits brauchen die freien Deutschen die Sowjets wegen der DDR und Berlin. Auf der anderen Seite brauchen die Russen die Bundesrepublik. Westeuropa ohne die Bundesrepublik sei „a sitting duck“. Er frage sich, warum die Sowjets die jetzige entgegenkommende Haltung gegenüber der Bundesrepublik einnahmen.

Der *Bundeskanzler* meinte dazu, daß die Russen möglicherweise die Bedeutung der Bundesrepublik überschätzten. Das Volk erinnere sich noch an den Krieg, die Führerschaft wisse aber wohl, was wir seien. Zur Frage des Präsidenten wolle er mit drei Punkten antworten:

- 1) Die Sowjets hoffen, daß sie¹⁸ durch ein besseres Verhältnis zur Bundesrepublik eine Art Anerkennung des Status quo erreichen. Sie wünschen dies mit Rücksicht auf die DDR und die anderen osteuropäischen Staaten. Sie hätten wohl Zweifel, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden. Breschnew hätte ihm bei einem informellen Gespräch im Auto die Probleme erwähnt, die sich aus dem Bestehen von zwei Deutschlands, aber einem Volk ergäben. Seine Ausführungen seien völlig unterschiedlich gewesen gegenüber dem, was die Sowjets öffentlich erklären.
- 2) Ferner wünschten die Sowjets wohl tatsächlich einen stärkeren Austausch; dies könne die Folge der Vorgänge von 1968 sein. Um ein höheres Maß politischer Disziplin zu erreichen, könnte es ihnen zweckmäßig erscheinen, auf nicht-politischen Gebieten einen gewissen Austausch zuzulassen. Dies wollten sie aber nicht allein den Partnern überlassen, sondern selbst daran teilnehmen, um ihren Teil von dem, was sie für einen Kuchen halten, zu bekommen und um die Entwicklung unter Kontrolle halten zu können.
- 3) Wenn sie schließlich bessere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wünschten, so sei es ihnen wohl klargeworden, daß dies nicht gehe, wenn sie gleichzeitig der Bundesrepublik gegenüber eine feindselige Haltung einnehmen.

18 Korrigiert aus: „diese“.

Der *Präsident* bestätigte, daß die Verpflichtung zur NATO und die Beziehungen zur Bundesrepublik auch in Zukunft ein Grundstein der amerikanischen Politik seien. Trotz der abfälligen Bemerkungen Breschnews scheine seine Politik jedoch sehr durch das China-Problem beeinflußt zu sein. China sei mit seinen 750 Mio. Menschen gegenwärtig; es entwickle eine nukleare Kapazität, die in etwa 20 Jahren bedeutungsvoll werden könne. Es bedrohe die sowjetische Führerschaft im kommunistischen Lager und entwickle ein Potential im Nahen Osten, in Lateinamerika und anderen Gebieten der Welt. Sicher drohe kein Krieg, wohl aber ein Konflikt. Auch wenn die Sowjetunion die Expansion fortsetzen wolle, so brauche sie doch Frieden im Westen, wenn der Feind im Osten steht. Die Ankündigung des Besuchs in China, die sich nicht gegen die Sowjetunion gerichtet hätte, hätte trotzdem ihre¹⁹ Wirkung auf die Sowjets nicht verfehlt.

Der *Präsident* erkundigte sich dann nach der Bedeutung des Handels der Bundesrepublik mit den osteuropäischen Ländern.

Der *Bundeskanzler* sagte, daß die Handelsbeziehungen zu Rumänien und Jugoslawien umfangreich seien, sehr viel geringer dagegen die mit Polen. Polen wünsche, mehr mit uns zusammenzuarbeiten. Es gäbe jedoch erhebliche Schwierigkeiten, da auf deutscher Seite keine Wirtschaftsplanung gegeben sei und die Zusammenarbeit von der Bereitschaft der Privatwirtschaft abhänge. Auch gäben wir keine staatlichen Kredite. – Auch die ČSSR wünsche den Handel zu steigern. Sie leide jedoch immer noch an den Auswirkungen der Krise von 1968. Die Verhandlungen mit den Tschechen würden fortgesetzt. Es sei jedoch bisher noch nicht gelungen, eine befriedigende Formel für das Münchener Abkommen zu finden. Die Beziehungen zu Ungarn verbesserten sich, Bulgarien sei unbedeutend. In wenigen Jahren würde die Koordination in der EWG sehr viel stärker sein als heute; dies werde einige Probleme aufwerfen. Es sei unsere Politik, die Firmen zu ermutigen, mit Unternehmen anderer westeuropäischer Länder zusammenzuarbeiten, wenn es um den Osthandel und die Kooperation mit Osteuropa ginge.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich dann, ob der Besuch des amerikanischen Handelsministers Stans in der Sowjetunion²⁰ neue Möglichkeiten aufgezeigt hätte.

Der *Präsident* erwiederte, daß Stans sehr herzlich empfangen worden sei und ausgedehnte Gespräche mit Kossygin gehabt hätte. Die Sowjets wünschten Kredite, Meistbegünstigung, Aufhebung des Embargos²¹ u.ä. Obwohl es schwierig sei, geeignete Wege für den Handel mit totalitären Staaten zu finden, glaube Stans, daß beachtliche Möglichkeiten bestünden. Dieses werde einer der Ge-

19 Korrigiert aus: „seine“.

20 Der amerikanische Handelsminister Stans hielt sich vom 20. November bis 1. Dezember 1971 in der UdSSR auf. In der Presse wurde dazu berichtet, Stans habe Ministerpräsident Kossygin ein Schreiben des Präsidenten Nixon übergeben, in dem dieser seine Bereitschaft zur „Normalisierung und Entwicklung“ der Handelsbeziehungen zwischen den USA und der UdSSR ausgedrückt habe. Vgl. dazu den Artikel „Stans übergibt Moskau einen Brief Nixons“, DIE WELT vom 22. November 1971, S. 11.

21 Gemäß der Embargo-Liste des 1951 unter Vorsitz der USA gegründeten Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) war die Ausfuhr bestimmter Güter an kommunistische Staaten untersagt bzw. einer strengen Kontrolle und Kontingentierung unterworfen.

genstände der Beratungen im Mai sein. Gromyko hätte in diesem Sinne schon mit Nixon gesprochen; in ähnliche Richtung ginge der schriftliche Meinungsaustausch mit Kosssygin. Eine wichtige Rolle spiele jedoch die Verbindung mit politischen Fragen. Die amerikanische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß Fortschritte im Handel Fortschritten an der politischen Front folgen könnten. Kreditbedingungen, Meistbegünstigungsklauseln u.ä. müßten vom Kongreß genehmigt werden. Dieser werde das jedoch niemals tun, solange die Sowjets ihre gegenwärtige sture Politik im Nahen Osten aufrechterhalten. Dies sei den Sowjets durch Stans auch deutlich klargemacht worden. Die Erklärungen in der Öffentlichkeit seien bewußt optimistisch gehalten. Zu dem Kama-Projekt²² bemerkte der Präsident, daß man sich eher zurückgehalten hätte. Die Sowjets wünschten sehr viel mehr Handel als die Amerikaner. Deren Wirtschaft liege jedoch weit zurück. Wenn Fortschritte auf politischem Gebiet erzielt werden könnten, dann würde man auf amerikanischer Seite auch entgegenkommender sein. Auf dem Gebiet des Handels hätten die USA schließlich etwas zu bieten. Was die USA aber zu tun bereit sei, werde davon abhängen, wie die Sowjets sich auf anderen Gebieten verhielten.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß die Bundesregierung mit der Sowjetregierung die Gründung einer kleinen Kommission mit je fünf Mitgliedern beschlossen hätte, um die Dinge realistisch erörtern zu können.²³ Auf unserer Seite würden neben zwei Regierungsvertretern drei Herren aus der Wirtschaft mitwir-

22 Zum Projekt des Baus eines Automobilwerks an der Kama vgl. Dok. 41, Anm. 9.

Gesandter Middelmann, Washington, berichtete am 22. Juni 1971, daß nach Berichten amerikanischer Zeitungen am 18. Mai 1971 ein Vertrag zwischen der amerikanischen Firma Mack Trucks Inc. und einer sowjetischen Delegation über die Lieferung von Maschinen und technischem Know-how im Wert von 700 Mio. Dollar für den Aufbau des am Kama-Fluß geplanten LKW-Werks geschlossen worden sei. Nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums handele es sich jedoch nur um einen Vorvertrag: „Es sei völlig offen, ob eine Exportgenehmigung seitens der US Regierung erteilt werde. Die Verbesserung der allgemeinen Atmosphäre zwischen der Sowjetunion und den USA lasse jedoch eine positive Entscheidung möglich erscheinen. Eine Kreditfinanzierung durch die Eximbank wäre nur nach einer Gesetzesänderung möglich, mit der vorläufig nicht zu rechnen sei.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 2666; Referat III A 6, Bd. 502.

Botschafter Pauls berichtete am 10. August 1971, die amerikanische Regierung habe zwei nicht genannten Firmen den Export von Maschinen für den Aufbau des LKW-Werks an der Kama im Wert von 162 Mio. Dollar genehmigt. Eine weitere amerikanische Firma habe die Erlaubnis zur Vermittlung von technischem Know-how erhalten. Presseberichten zufolge habe sich das amerikanische Verteidigungsministerium gegen die Erteilung der Exportgenehmigungen gewandt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1764; Referat III A 6, Bd. 502.

Am 17. September 1971 teilte Gesandter Noebel, Washington, mit: „Nach hiesigen Pressemeldungen hat die Firma Mack unter Hinweis auf bislang nicht erfolgte Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung ihre Absicht, sich an dem Lastkraftwagenwerk an der Kama zu beteiligen, aufgegeben; die zuständigen sowjetischen Stellen hätten entsprechende Mitteilung erhalten.“ Im amerikanischen Außenministerium sei dazu mitgeteilt worden, die positive Haltung der amerikanischen Regierung zur Beteiligung amerikanischer Firmen an dem Kama-Projekt habe sich nicht geändert: „Der Vorgang sei auf die Unerfahrenheit der Firma Mack und Zweifel bei dieser, ob sich das Geschäft rentabel durchführen lasse, zurückzuführen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2124; Referat III A 6, Bd. 502. Am 19. November 1971 wurde bekannt, daß die amerikanische Regierung Lizizenzen an amerikanische Werkzeugbaufirmen im Wert von über 500 Mio. Dollar zum Bau des LKW-Werks an der Kama erteilt habe. Vgl. dazu den Artikel „Stans übergibt Moskau einen Brief Nixons“; DIE WELT vom 22. November 1971, S. 11.

23 Zum Beschuß über die Schaffung einer deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 311.

Die Kommission trat am 19. April 1972 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Vgl. dazu BULLETIN 1972, S. 824 f.

ken. Die Sowjets hätten Interesse gezeigt, auch Verbrauchergüter einzuführen. Es stelle sich jedoch die Frage, wie sie dies bezahlen könnten, da wir die Rohmaterialien nicht benötigten.

Der *Präsident* bemerkte, daß man auf der gleichen Linie liege. Man studiere die Möglichkeiten, müsse aber realistisch erkennen, was für die USA und für die Sowjetunion möglich sei. Nur wenn man den Handel so betrachtet, wie die Sowjets es tun, nämlich nach politischen Gesichtspunkten, dann könne man die Dinge richtig beurteilen.

Nixon fragte dann den Bundeskanzler, ob er hier den Nahen Osten erwähnt hätte.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß Breschnew sich bemüht hätte, den Eindruck zu machen, als ob er nicht an neuen Krisen interessiert sei, sondern diese im Verhältnis zu den USA sogar verhindern wolle. Er hätte betont, daß die Sowjets sich darauf beschränken würden, den Arabern lediglich defensive Waffen zu geben, „aber die Amerikaner belieferten die Israelis mit Offensivwaffen...“

Nixon stellte fest, daß die Sowjets keine Konfrontation wünschten, sondern eine Abkühlung der Lage anstrebten. Schließlich seien sie mit erheblichen Kosten belastet: Kuba empfange von den Sowjets täglich 1,5 Mio. \$, Ägypten $\frac{3}{4}$ Mrd. \$ im Jahr. Die gegenwärtige sowjetische Führerschaft mag das Gefühl haben, daß es – ohne die grundsätzlichen Ziele aufzugeben – an der Zeit sei, sich mehr auf die innere Entwicklung ihres Landes zu konzentrieren. Dabei müssen sie wohl gewisse auswärtige Verpflichtungen einschränken. Dies sei das gleiche, was die amerikanische Regierung tue. Die Sowjets müßten schließlich auch auf die große graue Masse der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Zwar seien sie eine Nuklearmacht und besäßen weltweiten Einfluß, doch helfe dies nicht ihrer Bevölkerung.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß die sowjetische Führung sicher unter einem gewissen Druck stünde, da die arbeitende Bevölkerung besseren Lebensstandard als Entlohnung für ihre Arbeit wünsche. *Nixon* bemerkte dazu, daß dies den Interessen der freien Länder entsprechen würde. Die Förderung des Handels und der Verbrauchergüter könnte die Tendenz zur Expansion vermindern. Er und der Bundeskanzler müßten dieser Fragen wegen bis zu dem Besuch in Moskau in engem Kontakt bleiben. Er hätte nicht die Absicht, irgend etwas Bilaterales mit der Sowjetunion auszuhandeln, das geeignet sei, die Allianz zu schwächen. – Er ging dann auf die Frage der weiteren Behandlung der Verträge und des Berlin-Abkommens über.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, daß das Ratifizierungsverfahren eingeleitet sei.²⁴ Er erläuterte dann im einzelnen den Zeitplan und die verfassungsmäßigen Probleme. Auf die Frage *Nixons*, ob die dritte Lesung noch vor seinem Besuch in Moskau abgeschlossen sein würde, meinte der *Kanzler*, daß wir darauf hingewirkt hätten, das Verfahren bis zur NATO-Sitzung²⁵ (30.5.) zum Abschluß zu bringen. Möglicherweise werde jedoch eine zusätzliche Abstimmung im Juni notwendig, wenn das Verhalten des Bundesrates hierzu zwinge. Er sei im übrigen

²⁴ Zur Einleitung des Ratifizierungsverfahrens am 13. Dezember 1971 vgl. Dok. 444, Anm. 9.

²⁵ Die NATO-Ministerratstagung fand am 30./31. Mai 1972 statt. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors von Staden vom 2. Juni 1972; AAPD 1972.

sicher, daß beide Verträge durchgingen, der polnische²⁶ vielleicht mit einer größeren Stimmenzahl. Der Vertrag von Moskau werde sicher nicht die Zustimmung irgendeines Mitgliedes der Opposition erhalten. Wohl könnten aber einige an der Abstimmung nicht teilnehmen. Er könne nicht ausschließen, daß er die Schlußabstimmung mit der Vertrauensfrage verbinden werde, halte dies jedoch nicht für wahrscheinlich, da man mit einer solchen Angelegenheit nicht spielen solle. Die Opposition wünsche im übrigen zur Zeit keine Wahlen. Jedenfalls gehe er davon aus, daß beide Verträge vor der Sommerpause ratifiziert sein würden. Zur gleichen Zeit könnte das Berlin-Abkommen in Kraft treten, soweit nicht einige Teile schon vorher verwirklicht werden. Die von den Sowjets vorgenommenes Verbindung der Berlin-Frage mit der Ratifizierung der Verträge sei nicht weise.

Nixon bemerkte dazu, daß zwar alles in der Welt in gewisser Weise miteinander verbunden sei, doch handele es sich hier um getrennte Fragen. Zum Berlin-Abkommen wolle er erklären, daß diejenigen, die es verhandelt hätten, ein großes Lob verdienten. Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß insbesondere Botschafter Rush sich sehr verdient gemacht hätte.

Nixon bemerkte, daß es sich bei Rush um einen sehr fähigen Mann handle, der wisse, wie man das erreicht, was man zu erreichen wünscht. Die enge Zusammenarbeit mit der Bundesregierung sei ein gutes Beispiel für die Zukunft. Es gebe jedoch ein Problem: Die USA sollten sich nicht in die inneren deutschen Probleme einmischen. Es sei die Position der USA, das Berlin-Abkommen zu unterstützen. Man wolle jedoch nicht Einfluß ausüben, der für die Bundesregierung nachteilig sein könnte; insbesondere könne man nicht andeuten, daß man die Bundesregierung unterstütze.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, daß die Bundesregierung wiederholt die Tatsache unterstrichen hätte, daß die Verträge in enger Konsultation mit den Drei Mächten und der NATO entwickelt worden seien. Es handle sich um unseren Beitrag zu den gemeinsamen Bemühungen um Entspannung; die Entscheidung selbst müsse natürlich von uns getroffen werden.

Der *Präsident* bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß Herr Barzel Anfang nächsten Jahres nach Washington kommen wolle. Er werde ihn sehen.²⁷ – Wenn die amerikanische Haltung, wie sie eben erläutert wurde, Schwierigkeiten hervorrufen sollte, dann möge der Kanzler ihn das durch Botschafter Rush, Secretary Rogers oder Prof. Kissinger wissen lassen. Es sei sicher der richtigste Weg, die Entscheidung durch die Bundesrepublik als eine unabhängige Macht treffen zu lassen; die USA würde diese Entscheidung mit wohlwollender Neutralität respektieren.²⁸

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die USA und die beiden anderen Mächte immer dann ihre Rolle spielen müßten, wenn die verbliebenen Verantwort-

26 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BULLETIN 1970, S. 1815.

27 Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel hielt sich vom 25. Januar bis 1. Februar 1972 in den USA auf und traf am 30. Januar 1972 mit Präsident Nixon zusammen.

28 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Scheel hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier sollten wir achtgeben, daß diese vornehme Zurückhaltung nicht mißverstanden oder mißinterpretiert wird.“

lichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes betroffen seien. Wenn die beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen werden sollten, dann sei es wichtig, daß die Vier Mächte ihre Position bekräftigten. Diese Aufnahme dürfte (auf Frage des Präsidenten) nicht vor 1973 zur Diskussion stehen. Einige Freunde in der Allianz wünschten eine Beschleunigung dieser Frage. Wir würden dem nicht völlig unvorbereitet gegenüberstehen, wollten uns aber auch nicht drängen lassen. 1973 wäre auf jeden Fall besser als 1972.

Präsident Nixon bemerkte hierzu, daß bei der Frage des Verhältnisses Chinas und Taiwans zu den Vereinten Nationen²⁹ das Argument der Universalität von den USA nicht akzeptiert worden sei, da dies Rückwirkungen auf das deutsche Problem gehabt hätte. Dies aber wäre eine seiner wichtigsten Sorgen, denn diejenigen, die der Bundesrepublik Erfolg in ihrer Politik wünschten mit einem festen Fuß im Westen, dürften nicht dem vorgreifen, was in erster Linie eine Entscheidung der Deutschen sein müsse. Die USA wollten den Deutschen nicht sagen, was sie oder was sie nicht tun sollten, sondern ihnen volle Handlungsfreiheit lassen.

Bundeskanzler fuhr fort, daß die Bundesregierung gerne einige Fortschritte in den Gesprächen mit der DDR machen würde, bevor es zum Beitritt zu den VN komme, um zu vermeiden, daß der deutsche Streit in die internationalen Organisationen getragen werde. Zunächst wolle man ein Verkehrsabkommen abschließen, und dann die allgemeinen Beziehungen regeln. Grundlage sei die Tatsache des Fortbestandes einer Nation. Dieses fordere nicht nur die Verfassung,³⁰ sondern auch unser Glaube, daß wir darauf Rücksicht nehmen müssen. Im Jahr 1972 werde diese Art der Normalisierung mit der DDR angestrebt werden. Als Ergebnis folge dann der Beitritt in die VN. Die Vierergruppe in Bonn arbeite an diesen Fragen, die wohl kaum interne Schwierigkeiten hervorrufen dürften.

Der *Präsident* ging dann auf MBFR über und betonte, daß die Position der Bundesrepublik sehr vernünftig sei. Der Verhandlungswert der Bundesrepublik würde erheblich beeinträchtigt, wenn die gegenwärtige Balance durch Truppenverminderungen verändert würde. Die amerikanische Einstellung zu MBFR sei davon abhängig, daß eine Formel gefunden werde, die akzeptabel sei. Eine enorme Anzahl von Studien liege vor, jedoch noch keine brauchbare Formel. Er müsse jedoch mit dem inneren Problem Mansfield fertig werden. Wenn die Amerikaner auf einseitiger Basis ihre Truppen in Europa reduzieren würden, würde dies die Sowjets nicht zu einem Entgegenkommen, sondern zu einer Verhärtung veranlassen. Die Briten seien der gleichen Auffassung, ebenso die Franzosen, trotz ihrer interessanten Beziehungen zur NATO. Die Franzosen seien der Auffassung, daß jede Formel gefährlich für die Sicherheit sei und es daher besser sei, sich auf Grundsätze zu konzentrieren, bevor man über die Truppenstärken und die damit zusammenhängenden technischen Fragen spreche. Die amerikanische Regierung wünsche, daß die amerikanische öffentliche Meinung sich der festen Verankerung in der Allianz bewußt bleibt.

29 Vgl. dazu die Abstimmung in der UNO-Generalversammlung am 25. Oktober 1971 über die Vertretung Chinas in der UNO; Dok. 371.

30 Vgl. dazu die Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; Dok. 66, Anm. 15.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß die Diskussion über MBFR vereinfacht würde, wenn man nicht an sofortige Verminderungen denke. Wenn die Diskussion über Prinzipien im Verlauf der Jahre zu Ergebnissen führe, dann könne man zu tatsächlichen Verminderungen schreiten.

Der *Präsident* meinte, daß man hoffen müsse, daß die amerikanischen Streitkräfte nicht ewig in Europa blieben, andererseits dürfe man die Allianz nicht gefährden. Eine einzige Front müsse erhalten bleiben. Er schätzte es, daß die NATO bei der letzten Ministerkonferenz Leistungen im Werte von 1 Mrd. \$ beschlossen hätte³¹; dies werde die Dinge zu Hause einfacher machen. Es sei richtig, daß die Alliierten mehr Lasten übernehmen, ohne daß die amerikanischen Lasten vermindert würden. Bei den Gesprächen mit den Sowjets (Gromyko, Dobrynin) sei erkennbar geworden, daß MBFR nicht im Vordergrund ihres Interesses stünde. Die sowjetische Herrschaft über Osteuropa beruhe auf der sowjetischen Präsenz sowie der Aufrechterhaltung bewaffneter Streitkräfte der betreffenden Länder.

Der *Bundeskanzler* meinte, daß symbolische Schritte diese Position nicht ändern würden. Die Sowjets schienen jedoch noch nicht vorbereitet zu sein, um diese Diskussion zu führen. Vielleicht beständen auch unterschiedliche Auffassungen.

Präsident Nixon machte dann einige freundliche Bemerkungen über die Rede des Bundeskanzlers anlässlich der Verleihung des Nobelpreises³², die er am vormittag sorgfältig gelesen hätte, und erkundigte sich nach der Situation der Jugend in Deutschland. Nach einer Darstellung des Bundeskanzlers fuhr Nixon fort, daß es unterschiedliche Ansichten über die Welt geben werde, solange es Kommunisten geben werde. Es komme jedoch darauf an, die Möglichkeiten einer Konfrontation in der Welt zu reduzieren. Dies sei der letzte Grund für seine Reisen. Die meisten Leute in den USA wissen, daß er ohne Illusionen fahre.

Der *Bundeskanzler* lenkte das Gespräch auf die unerfreuliche Lage in Jugoslawien und erwähnte die kürzlichen Auseinandersetzungen in Kroatien.³³ Es biete sich eine Chance für die Sowjets, Einfluß zu gewinnen. Wir sollten – ohne Einmischung – versuchen, Tito zu helfen, sein Land zusammenzuhalten. Es wäre gut, wenn die Leute wüßten, daß er mit den USA und der Bundesrepublik gute Beziehungen hätte.

Nixon bestätigte, daß nach seinen Informationen die Jugoslawen große Sorge vor der sowjetischen Politik nach Titos Ausscheiden hätten.

31 Zur Verabschiedung des „European Defense Improvement Program“ (EDIP) auf der Ministersitzung der Eurogroup am 7. Dezember 1971 in Brüssel vgl. Dok. 431.

32 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Brandt anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1971 in Oslo vgl. BULLETIN 1971, S. 1985.
Vgl. dazu ferner die Rede „Friedenspolitik in unserer Zeit“, die Bundeskanzler Brandt am 11. Dezember 1971 in Oslo hielt; BULLETIN 1971, S. 1988–1994.

33 Am 23. November 1971 traten die Studenten der Universität sowie der Fach- und Hochschulen in Zagreb in Streik. Sie forderten einen Beschuß der kroatischen Regierung, daß alle in Kroatien eingenommenen Devisen dort verbleiben sollten, und riefen die Arbeiter der Zagreber Betriebe auf, sich dem Streik anzuschließen. Im Zuge des Streiks, dem sich auch Professoren und Studenten in anderen kroatischen Städten anschlossen, wurde zudem gefordert, Kroatien in der neuen Verfassung ausdrücklich als „nationalen Staat des kroatischen Volkes“ zu bezeichnen. Vgl. den Artikel „Kroaten werden böse“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 26. November 1971, S. 10.

Zum Nahen Osten erklärte Nixon, daß die Verhandlungen Rogers und Siscos mit beiden Seiten weitergingen, allerdings ohne Erfolg. Er habe Frau Meir die Zusicherung gegeben, daß er nicht zulassen werde, daß das Gleichgewicht sich ändere. Gefährlich werde es, wenn die Russen den Arabern die Luftabschirmung zur Verfügung stellten. Im Augenblick sehe er keine Aussicht für einen Durchbruch zu einer friedlichen Lösung. Auf lange Sicht könne es nicht so weitergehen, da die Sowjets Material in Mengen lieferten und die Amerikaner die Balance sicherstellen müßten. Es sei ein schwieriges Unterfangen, die Russen dazu zu bringen, die VAR so zu dämpfen, daß die Israelis sich zu Verhandlungen bereit fänden. Der Präsident ging dann auf die Lage in Südasien über. Man hätte ihm Vorwürfe gemacht, die amerikanische Politik sei unrealistisch (600 Mio. Inder gegenüber 60 Mio. West-Pakistanis; Demokratie in Indien – Diktatur in Pakistan). Sein Verhalten hätte eine unmittelbare Beziehung zum Nahen Osten gehabt: Wenn die Russen das Gefühl freier Hand gehabt hätten, würde dies möglicherweise einen indischen Angriff auf West-Pakistan herbeigeführt haben. Die USA hätten aber Verpflichtungen gegenüber Pakistan³⁴ und gegen jede Art von Gewaltanwendungen. Wenn die USA nichts unternommen hätten, hätten die Sowjets den Glauben bekommen, sie hätten Handlungsfreiheit nicht nur in Indien, sondern auch im Nahen Osten. Er hätte dies in direkten Gesprächen mit dem sowjetischen Landwirtschaftsminister³⁵ und in seiner Korrespondenz mit Kossygin deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wenn die Sowjets die Inder nicht zurückgehalten hätten und wenn West-Pakistan überlebt, dann könne man mit ihnen über Abrüstung, Nahen Osten und anderes sprechen. Die Sowjets hätten beschlossen, eine solche mäßigende Rolle zu übernehmen. Der Präsident betonte, daß die Russen den Grundsatz akzeptieren müßten, daß die USA den Sowjets nicht erlaubten, einem Land zu helfen, ein anderes Land zu überrennen. Die Größe oder die Regierungsform eines Landes sei keine Rechtfertigung für die Anwendung von Gewalt. In gleicher Weise müsse den Sowjets klar sein, daß die Amerikaner es im Nahen Osten nicht zulassen würden, daß die zwei Mio. Israelis von 100 Mio. Arabern überwältigt würden. Dieser Standpunkt gelte auch für Europa. Israel sei nicht wichtig wegen der jüdischen Stimmen in New York, sondern weil es nicht Opfer einer direkten Aggression werden darf. Über allem schwebt die chinesische Frage. Die Sowjets hätten China, das auf Pakistans Seite stand, aber nicht helfen können, gedemütigt. Wenn die Sowjets es zugelassen hätten, daß Indien auch West-Pakistan überwältigt hätte, dann würde dies einen vernichtenden Einfluß auf die gesamte Moslem-Welt gehabt haben. In diesem Falle hätten die Chinesen auch ihre südliche Grenze bedroht sehen müssen; das war es, worum es wirklich ging.

Der *Bundeskanzler* berichtete über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Algerien und dem Sudan³⁶ und über enge Kontakte mit Ägypten.

³⁴ Die USA und Pakistan gehörten der SEATO an und waren zudem durch ein bilaterales Abkommen vom 5. März 1959 verbündet. Außerdem beteiligten sich die USA an der Arbeit der wirtschaftlichen und militärischen Gremien der CENTO, der auch Pakistan angehörte. Für den Wortlaut des Abkommens vom 5. März 1959 vgl. UNTS, Bd. 327, S. 286–291.

³⁵ Wladimir Wladimirowitsch Mazkewitsch.

³⁶ Zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Algerien am 21. bzw. zum Sudan am 23. Dezember 1971 vgl. Dok. 435 und Dok. 446.

ten³⁷. Der *Präsident* begrüßte dies. Es wäre gut, wenn die Ägypter wüßten, daß sie nicht alleine von der Sowjetunion abhängig seien.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß er einen Freund habe, der auf beiden Seiten gute Beziehungen besitze und vielleicht in der Lage sei, die amerikanischen Bemühungen zu unterstützen.

Der *Präsident* bat, Kissinger auf dem laufenden zu halten.

Das Gespräch ging dann auf die Fragen der Europäischen Gemeinschaft über. Der *Bundeskanzler* drückte seine Genugtuung über die Erweiterung der Gemeinschaft und die Abstimmung im Unterhaus³⁸ aus. Er erläuterte die Schwierigkeiten in Norwegen. Der Beitritt Großbritanniens würde die Struktur der Gemeinschaft auf vernünftige Weise beeinflussen. Die Bundesregierung sei immer für eine nach außen geöffnete Gemeinschaft eingetreten. Die Briten hätten die gleiche Orientierung und würden darüber hinaus wertvolle Beiträge an demokratischer Erfahrung und auch im institutionellen Bereich liefern. Im Gegensatz zu Adenauer befürchte er nicht ein ständiges Zusammensehen zwischen Frankreich und England gegen Deutschland. Die Interessenlage wechselt mit jedem Gegenstand. Die erweiterte Gemeinschaft würde die politische Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern erleichtern. De Gaulle hätte darin recht gehabt, daß es ohne die Nationen nicht gehe. Der britische Beitritt würde nicht nur zu einer Koordination der Außenpolitik führen, sondern möglicherweise zum Ende des Jahrhunderts hin auch gewisse Aspekte der Sicherheit ändern. Auf drei Gebieten bedürfe es gemeinsamer Institutionen: Währung, Außenpolitik, Verteidigung. Auf dem Gebiet der Verteidigung dürfe man jedoch nicht zu schnell vorangehen, da dies leicht zu Schwierigkeiten mit Frankreich und seiner Theorie der nationalen Verteidigung³⁹ führe. Innerhalb der Allianz und ohne sie zu beeinträchtigen, werde es aber zwei gewichtige Komponenten geben: die USA sowie den integrierten Teil Europas. Die Eurogroup, die von Dennis Healey initiiert⁴⁰ und von Helmut Schmidt wesentlich gefördert und jetzt ge-

37 Vgl. dazu das Gespräch des Gesandten Jesser, Kairo, mit Präsident Sadat am 9. November 1971; Dok. 390.

38 Zur Abstimmung im britischen Unterhaus am 28. Oktober 1971 über den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 379, besonders Anm. 2.

39 In einem Beitrag vom Dezember 1967 für die Zeitschrift „*Révue de Défense Nationale*“ führte der Chef des französischen Generalstabs, Ailleret, aus, daß Frankreich in der Vergangenheit seine Verteidigung immer auf einen Hauptfeind habe ausrichten können. Im Falle der Bedrohung durch die UdSSR sei es daher nicht unlogisch gewesen, die französischen Truppen integrierten NATO-Stäben zu unterstellen. Diese Eingliederung in ein System mit einseitigem Ziel habe aber die nationale Verfügungsgewalt der Streitkräfte eingeschränkt und zugleich für Frankreich das Risiko erhöht, in einen bewaffneten Konflikt verwickelt zu werden, der nicht der seine sei. Gegenwärtig sei es zudem kaum möglich zu erkennen, welchen Drohungen Frankreich ausgesetzt sei bzw. was eines Tages die Ursache eines Konflikts sein werde. Deshalb müsse Frankreich anstreben, mit eigenen Mitteln ein Verteidigungssystem aufzubauen, das nicht auf einen einzelnen Feind, sondern weltweit und nach allen Himmelsrichtungen ausgerichtet sei. Vgl. den Artikel „*Défense ,dirigée' ou défense ,tous azimuts*“; *REVUE DE DÉFENSE NATIONALE* 1967, S. 1923–1928.

40 Am 31. Oktober 1968 berichtete Botschafter Blankenhorn, London, daß der britische Verteidigungsminister Healey die Verteidigungsminister der WEU-Staaten sowie Norwegens und Dänemarks zu einem Arbeitssessen am 13. November 1968 in Brüssel einladen wolle, auf dem er Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Rahmen der NATO unterbreiten werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2210; VS-Bd. 2663 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1968.

leitet werde⁴¹, sei ein hoffnungsvoller Anfang; ohne sie hätte es kein EDIP gegeben. Die Bundesrepublik steuere mehr als 40 % dazu bei.

Der Bundeskanzler begrüßte ebenfalls die Lösung der Währungsfrage⁴², wobei er jedoch nicht ganz glücklich über das Verhalten der Franzosen gewesen sei. Wir könnten mit einem erheblichen Unterschied zwischen der DM und dem Dollar leben. Das Problem sei jedoch das Verhältnis zwischen DM und dem Franc. Mit der gefundenen Lösung könnten wir jedoch leben. Nun müßten die Handelsgespräche es möglich machen, daß der Präsident dem Kongreß die gefundene Lösung vorlegt. Die Frage der Landwirtschaft werde noch für Jahre stark beeinflußt durch die französischen Interessen. Dies sei der Preis, den die Deutschen für die französische Teilnahme an der Integration hätten zahlen müssen. Dies werde sich aber noch ändern, wohl noch in dieser Dekade. Er rechne mit einer liberalen Entwicklung, jedoch noch nicht in den nächsten Jahren. Wir würden die lebenswichtigen Interessen der Franzosen berücksichtigen müssen, da sie sonst die Gemeinschaft brechen würden.

Der Bundeskanzler kam dann auf etwas zurück, was er schon beim letzten Mal⁴³ gesagt hätte, daß nämlich in nicht zu ferner Zukunft eine Art organisierte Verbindung zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft geschaffen werden müsse. Dies gelte für die Wirtschaftsfragen, nicht aber für die Probleme der Verteidigung; dafür hätten wir NATO. Die amerikanische Botschaft bei der EG und der EG-Vertreter in Washington genügten für Routinefragen. Es sei darüber hinaus jedoch erforderlich, daß ein- oder zweimal im Jahr eine Gruppe mit hochrangigen Vertretern beider Seiten (Rat und Kommission auf Seiten der EG) zusammenkommt und prüft, wie die Schwierigkeiten eingegrenzt werden können.

Der Präsident erwähnte, daß in den USA Besorgnisse hinsichtlich der amerikanischen Unterstützung für die erweiterte EG beständen. Die Geschäftswelt insbesondere glaube, daß dies nachteilig für die amerikanischen Interessen sei, daß die EG dahin tendiere, noch abgeschlossener zu werden als bisher und daß es zu einer wirtschaftlichen Konfrontation komme. Dies würde eine große Tragödie sein, da es auch politische Probleme aufwerfe. Wettbewerb sei gut, aber ein Konflikt sei unerträglich. Die Idee des Bundeskanzlers sei sehr verdienstvoll. Es komme darauf an, die Probleme soweit wie möglich zu reduzieren. Zwar blicke die Bundesrepublik nach außen, jedoch nicht alle übrigen Partner in der Gemeinschaft täten das gleiche. Die USA müssen sicher sein, daß die EG nicht ihr gegenüber protektionistisch werde. Auch die Japaner müßten ins Spiel gebracht werden. Sie werden weiterhin ein wichtiger Wettbewerbspartner der USA und der EG sein. Die USA, Kanada, die erweiterte EG und Japan repräsentierten 90 % der Gesamtproduktion der freien Welt. Es sei wichtig, daß Japan auf wirtschaftlichem Gebiet nicht isoliert werde. Man müsse besorgen, daß

⁴¹ Zur Wahl des Bundesministers Schmidt zum Vorsitzenden der Eurogroup am 7. Dezember 1971 vgl. Dok. 431.

⁴² Zu der am 18. Dezember 1971 auf der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe in Washington erzielten Einigung über eine Neuordnung des Weltwährungssystems („Smithsonian Agreement“) vgl. Dok. 447.

⁴³ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 14. bis 18. Juni 1971 in den USA auf. Zum Gespräch mit Präsident Nixon am 15. Juni 1971 vgl. Dok. 208.

dies Rückwirkungen auf die Beziehungen Japans zur Sowjetunion haben könne. Man sollte sie deshalb in die von Brandt vorgeschlagene Gruppe einbeziehen. Die Bundesrepublik spiele dabei eine bedeutsame Rolle. Zwar hätten die Briten freundschaftliche Beziehungen, jedoch sei die wirtschaftliche Bedeutung nicht groß.

Der *Bundeskanzler* verwies auf die guten bilateralen Beziehungen und den bedeutenden Handel mit Japan, der gute Aussichten zur Verbesserung biete. Auch sonst bestünden enge Kontakte. Man werde auch gerne eine engere Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen prüfen.

Er verstehe nicht ganz die Besorgnisse in den USA, insbesondere wenn man auf die Zahlen blickt. Es gibt kein Gebiet in der Welt, wo der amerikanische Handel derartig anwachse wie der gegenüber der EG. Das gleiche gilt hinsichtlich der Investitionen (mit Ausnahme Kanadas). Die Erweiterung der EG werde seiner Meinung nach nicht zu einer Verschlechterung, sondern sogar zu einer Verbesserung dieser Lage führen. Die Briten würden nach ihrem Beitritt eine aktive Rolle in dieser Richtung spielen.

Die Frage einer organisierten Verbindung zwischen den USA und der EG hätte er auch mit Pompidou besprochen.⁴⁴ Bei ihrem letzten Gespräch hätte dieser stärkeres Interesse gezeigt, jedoch die Befürchtung erkennen lassen, daß die Briten eine besondere Art der Mitgliedschaft anstrebten, die einen amerikanischen Einfluß auf die Gemeinschaft ermögliche. Auch fürchte Pompidou, daß die Entspannung erschwert wird, wenn eine zu enge Bindung zwischen den USA und der EG hergestellt würde. Pompidou glaube, daß es leichter sein würde, wenn die Sowjets zwei Gruppen gegenüberstünden, die zwar in der Allianz verbunden, aber wirtschaftlich getrennt seien.

Nixon entgegnete, daß die Russen Realisten seien. Je besser die Zusammenarbeit im Westen, um so mehr würden sie zur Entspannung bereit sein. Wenn jedoch eine Chance für eine Spaltung des Westens bestünde, würden sie weniger bereit sein, an Entspannungsmaßnahmen mitzuwirken. Der Westen habe so viel Gemeinsames auf wirtschaftlichem Gebiet, daß Zusammenarbeit zu gegenseitigem Vorteil gereiche.

Der *Bundeskanzler* erwähnte das besondere Problem der Assoziationen. Die EG sollte nicht in der ganzen Welt die früheren Kolonialgebiete einsammeln. Wenn z.B. die karibischen Länder Zucker verkaufen wollen, dann solle die Gemeinschaft dies tun und gegebenenfalls die britischen Verpflichtungen übernehmen, solange die Monokultur dies notwendig mache. Anders liege es in den Mittelmeerländern Afrikas. Trotz Präferenzabsprachen sei der Handel mit den USA nicht nachteilig beeinflußt worden. Wegen der Nähe zu Europa liege hier die Zusammenarbeit auf der Hand. Präferenzabsprachen sollten jedoch nicht für zu lange Sicht und nicht in beiden Richtungen vorgesehen werden. Diese seien ohnehin keine deutschen Erfindungen, sondern bestehende Abmachungen, die die Gemeinschaft übernehmen mußte. Wenn man die gegenseitigen Präferenzabsprachen abschaffen würde, so würde dies einen Konfliktstoff beseitigen. Die Aktivität der EG in Schwarz-Afrika hätte sicher zur Stabilität beigetragen, zu-

⁴⁴ Bundeskanzler Brandt führte am 3./4. Dezember 1971 Gespräche mit Staatspräsident Pompidou in Paris. Vgl. Dok. 427 und Dok. 429.

mal die USA bei ihren vielen anderen Verpflichtungen nicht eine ähnliche Rolle in Afrika übernehmen konnte.

Der *Präsident* bestätigte dies und begrüßte die Aktivität der EG. Ein politisches Vakuum in diesem Teil der Welt wäre schlecht.

28. Dezember 1971 – Während des Abendessens – 21 bis 22 Uhr.

Anwesend: Secretary Rogers, Botschafter Rush, Botschafter Kennedy, Bundesminister Scheel, Botschafter Pauls, MD Sahm.

Präsident *Nixon* kam auf den Vorschlag des Bundeskanzlers zu sprechen, wie das Verfahren der Verhandlungen zwischen der EG und Nordamerika organisiert werden könne. Japan müsse einbezogen werden, dessen Wirtschaft mit der freien Welt Handel treibe. Die nukleare Verteidigung werde von den Amerikanern gestellt. Wenn Japan sich jedoch isoliert fühlte, würden extremistische Elemente dort ermutigt werden.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß Japan in der Gruppe der Zehn und in der OECD mitwirke. Er sehe jedoch keinen Weg, ein Dreiecksverhältnis zu schaffen, das zu kompliziert sei. Die EG möge einen Weg zu Japan finden. Man müsse aber davon ausgehen, daß sowohl die USA wie die Bundesrepublik gute Beziehungen mit Japan pflegten. Man solle nicht von einem Dreiecksverhältnis sprechen, bevor die Beziehungen zwischen der EG und den USA organisiert sind.

Der *Präsident* gab zu, daß es richtiger sei, sich darauf zu konzentrieren, wobei Kanada dazugehöre. Es sei aber notwendig, die engsten Verbindungen mit Japan zu halten und ihm das Gefühl zu geben, nicht isoliert zu sein. Es dürfe nicht nur unter amerikanischem Einfluß stehen. Die Stellung der Bundesrepublik sei wichtig. Er hätte diese Frage auch mit Heath besprochen; er hätte verstanden, worum es ginge, jedoch seien die britischen Beziehungen zu Japan seit der Kriegszeit noch nicht wieder sehr entwickelt. Er müsse deshalb noch mal den Bundeskanzler drängen, sich dieser Frage anzunehmen.

Bundesminister *Scheel* warf ein, daß Deutschland bereits das Zentrum aller japanischen Aktivitäten in Europa sei. Es komme nun darauf an, daß Japan ausländischen Gesellschaften erlaubt zu investieren. Der *Präsident* kam darauf zurück, daß der aus anderen Gründen notwendige Schritt gegenüber China Japan tief berührt habe. Trotz der enormen wirtschaftlichen Möglichkeiten könne es nicht ausgeschlossen werden, daß Japan in eine andere Richtung gezogen wird. Es komme daher ganz wesentlich auf die Haltung der Bundesrepublik – neben den USA – an.

Der *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß die Japaner, abgesehen von dem chinesischen Festland, auch Sorgen wegen der Entwicklung um Taiwan haben. Das Geschehen in den Vereinten Nationen sei ein schrecklicher Schlag gewesen. Für die Japaner würde daher eine Versicherung, daß Taiwan nicht fallen gelassen wird, eine wichtige Rolle spielen.

Der *Präsident* erklärte, daß dies nicht in Frage komme.

Botschafter *Rush* unterstützte die Auffassung des Bundeskanzlers, daß es in erster Linie auf das europäisch-amerikanische Verhältnis ankomme und daß der Ferne Osten insoweit nicht hineinpasste. Die amerikanische Verpflichtung sei es, die Beziehungen zu Japan und China zu entwickeln. Ein anderes Problem

sei die Herstellung institutioneller Beziehungen zu Europa. Der *Präsident* akzeptierte dies und meinte aber, daß die Amerikaner sich nicht allein um Japan kümmern könnten. Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er dies auch tun werde.

Bundesminister *Scheel* wies auf die Stellung Neuseeland und Australiens hin, die ihre Bindungen mit Großbritannien verloren hätten. Auch unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Japan seien sehr stark. Wenn es nicht regelmäßig zu der vereinbarten politischen Konsultation zweimal im Jahr gekommen sei, so sei das nicht unser Fehler gewesen.⁴⁵ Der Empfang des Kaisers⁴⁶ war der einzige in Europa, der wirklich gelungen war. Die Bundesregierung werde ihr Bestes tun, um die Beziehungen zu Japan zu pflegen, zumal es die drittgrößte Handels- und Währungsmacht in der Welt sei.

Nachdem Secretary *Rogers* festgestellt hatte, daß alle übereinstimmen, fragte er erneut nach der Institutionalisierung der Beziehungen zwischen USA und EG. Der *Präsident* bemerkte dazu, daß die Idee von Europa kommen müsse. In Zukunft werde es zwei große Handelsblöcke geben: Nordamerika und EG. Diese dürfen nicht in tödlicher Opposition, sondern in konstruktivem Wettbewerb zueinander stehen. Hier wie dort bestünden erhebliche protektionistische Tendenzen. Wenn diese einmal zum Tragen kämen, entstünden große Gefahren.

Bundesminister *Scheel* betonte, daß die Gemeinschaft offen sei und nicht protektionistisch. Der Agrarmarkt sei allerdings der politische Kern der europäischen Integration; auch wenn es gegen die deutschen Interessen ginge, bleibe es der einzige Weg für die Integration. Er sehe zwei Wege für die Verbindung:

a) Ausschuß mit Vertretern der USA, Kanadas, der Kommission und der Mitgliedstaaten der EG.

b) Kolloquium der Wirtschaftsführer beider Seiten.

Die Initiative müsse von europäischer Seite ausgehen; Frankreich werde wohl nicht Widerstand leisten, doch müsse es überzeugt werden, daß dieses Vorgehen im Interesse Europas liegt.

Der *Bundeskanzler* und Bundesminister *Scheel* erläuterten kurz die Wandlungen, die auf dem Gebiet der Landwirtschaft in den nächsten Jahren in Europa zu erwarten sind. Abschließend stellte der *Bundeskanzler* fest, daß die europäische Seite entsprechende Vorschläge machen müsse.

Am Ende wendete sich das Gespräch den Verhältnissen im Iran zu. Es bestand Übereinstimmung, daß der Schah⁴⁷ Unterstützung brauche und die Beziehungen zum Iran gepflegt werden sollten.

VS-Bd. 10091 A (Ministerbüro)

⁴⁵ Zur Absage der deutsch-japanischen Konsultationsbesprechungen vgl. Dok. 345, Anm. 2.

⁴⁶ Während einer Europa-Reise vom 27. September bis 14. Oktober 1971 besuchten Kaiser Hirohito und Kaiserin Tanako vom 11. bis 13. Oktober 1971 die Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 345.

⁴⁷ Mohammed Reza Pahlevi.